

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando  
 Vierteljahr 3.50 RM, monatlich 1.10 RM,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage. Die neue Zeit 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 RM pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Schutzband für  
 Deutschland und Österreich, Ungarn  
 2.50 RM, für das übrige Ausland  
 4 RM pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1876.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen  
 je Zeile über deren Raum 60 Pf., für  
 politische und gemeinschaftliche Berichts-  
 und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte  
 Wort 30 Pf., (zuletzt 2 festgedruckte  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,  
 Stellenangebote und Schlafstellenan-  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 8. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

### Ein Idealist.

Wenn ein Hochschullehrer das biblische Alter erreicht, oder irgend ein Jubiläum begeht, so tun sich seine Fachkollegen zusammen, um ihm in Gestalt eines Sammelwerkes, zu dem jeder einzelne eine Abhandlung über ein ihm nahe liegendes Thema beigezeichnet hat, eine Festgabe zu überreichen. In der Regel sind das schwer gelehrte Arbeiten, in denen die Herren Professoren ihr wissenschaftliches Licht leuchten lassen, Untersuchungen über Doktorfragen, die für den Laien wenig Interesse und für das praktische Leben nur eine untergeordnete Bedeutung besitzen.

Um so mehr Aufmerksamkeit muß eine Schrift erregen, die der Staatsrechtslehrer an der Warburger Universität, Professor Walter Schüdting, zu der Jubiläumsgabe der Warburger juristischen Fakultät für den Professor Ludwig Enneccerus beigezeichnet hat. Sie heißt „Neue Ziele der staatlichen Entwicklung“. Und schon der Untertitel deutet etwas Besonderes an, denn er lautet: Eine politische Studie.

Professor Enneccerus hat selber bekanntlich längere Zeit als nationalliberaler Vertreter im Deutschen Reichstage und im Preussischen Abgeordnetenhaus gesehen. Dieser Tatsache tut Schüdting Erwähnung, um damit die Wahl seines Themas zu rechtfertigen. Aber man wird wohl nicht mit der Annahme fehlgehen, daß seine Studie bei seinen Kollegen doch ein bedeutendes Kopfschütteln hervorgerufen hat, und ob der Gefeierte, trotzdem er den Wissenschaftler und den Politiker in seiner Person vereinigt, gerade an diesem Geschenk eine besondere Freude haben wird, ist auch zum mindesten zweifelhaft. Aber das ist ja gerade das Erreichte, daß Schüdting sich um die unaussprechliche Wirkung seiner Untersuchung in der Professorenzunft nicht bekümmert und ohne Rücksicht auf die Verdächtigungen und ihre Angst vor der Politik frisch von der Leber weg geredet hat.

Die gelehrten Herren werden ihres Kollegen politische Studie eine politische Agitationschrift nennen, und damit tun sie ihr nicht einmal Unrecht. Nur daß sie natürlich mit dieser Bezeichnung ein abfälliges Urteil über den Wert des Beitrags fällen wollen, während der Verfasser, und andere Leute mit ihm, einen von wissenschaftlichen Voraussetzungen ausgehenden und an die Erscheinungen des Tages anknüpfenden Appell zu politischer Arbeit eines Staatsrechtslehrers für ebenso würdig erachten als eine mehr oder weniger tiefgründige Untersuchung über irgend einen der Geschäfte angehörenden Staatsvertrag oder ähnliche Gegenstände. Darauf kommt es ja Schüdting an: den Juristen im allgemeinen und den Staatsrechtslehrern im besonderen die Behandlung des Seinsollenden zur Pflicht zu machen. Er will im Staatsrecht die Herrschaft der sogenannten juristischen Schule brechen, die historisch und dogmatisch arbeitet, und an ihre Stelle die rechtspolitische Betrachtung gesetzt sehen.

Er legt dar, wie etwa seit dem Jahre 1870 die Staatsrechtswissenschaft darauf verzichtet hat, Rechtspolitik zu treiben. Er sucht nach Gründen für diese Erscheinung. Man habe sich vor der Weisheit Bismarcks gebeugt. Das Bürgertum und die aus ihm hervorgegangene Gelehrtenwelt habe darauf verzichtet, dem ersten Kanzler gegenüber eigene politische Meinungen zu vertreten. Der Eintritt der unteren Klassen in die Politik sei für die sogenannten gebildeten Schichten ein willkommenes und bequemeres Vorwand für ihre Zurückhaltung gewesen, und erst neuerdings mache sich eine moderne Strömung bemerkbar, die nicht nur die Lehre vom positiven Recht, sondern die von der Gerechtigkeit kultiviere.

Aber was ist diese Gerechtigkeit? Die Antwort, die Schüdting auf diese Frage gibt, wird ihm bei seinen Fachgenossen am meisten übergenommen werden. Denn wenn die Herren schon in die politische Arena hinabsteigen, so tun sie es in der größten Mehrzahl der Fälle, um das Gewordene und Bestehende zu rechtfertigen, um mit den Waffen ihrer Wissenschaftlichkeit für die Interessen der herrschenden Klassen und gegen die heranrückenden Vertreter neuer Ideen zu kämpfen. Der Warburger Geburtstagsgratulant aber tritt auf und erklärt, der Staatsrechtswissenschaft sei zwar der relative Wert aller Parteien bekannt, trotzdem gelte es für die Wissenschaft, daß sie grundsätzlich mit den Ideen der Zukunft im Bunde sein müsse.

Es ist ein Ideologe der hier spricht, oder wenn das schöner klingt, ein Idealist. Einer, dessen Betrachtungsweise im wesentlichen unter der Herrschaft des Gefühls und des Temperaments steht, und doch besitz auch er ein Verständnis für den letzten Grund der Erscheinung, daß die anerkannte Universitätswissenschaft nicht den Ideen der Zukunft sondern denen der Vergangenheit ihre Unterstützung leiht. Das Gelehrtentum stammt aus der höheren Bourgeoisie. Es verteidigt mit den Resultaten seiner Forschungen die Interessen der Klasse, in der es geboren ist und zu der es gehört. „Es bedeutet“ sagt Schüdting, „im letzten Grunde eine ungeheure Gefahr für das geistige Leben unserer Hochschulen, wenn das Bekenntnis zur Sozialdemokratie, der größten deutschen Partei, genügt, um den Betroffenen von den deutschen Kathedern ein für allemal auszuschließen.“ Und da so die Gedanken der aufsteigenden Schichten nicht durch ihre berufenen Vertreter zum Ausdruck gebracht werden, sollen sich nun wenigstens die aus der Bourgeoisie Geborenen

mit dem nötigen Idealismus durchtränken, um sich von den Anschauungen ihrer Schicht loszumachen.

Mit anderen Worten, Schüdting gibt sich der befehlenden Hoffnung hin, daß eine größere Zahl von Professoren imstande sein würden, über ihren eigenen Schatten zu springen, ihr Mitteln zu verleugnen und unter einem System, das von ihnen die Unterordnung der Wissenschaft unter die Befinnung verlangt, die Forderungen einer entrechteten und unterdrückten Klasse zu unterstützen. Wir haben leider zu viel schlechte Erfahrungen mit unseren deutschen Hochschullehrern gemacht, als daß wir uns von Herrn Schüdtings Aufruf eine nennenswerte Wirkung versprechen könnten, und wenn er daran erinnert, wie seinerzeit doch auch der nationale Gedanke von den deutschen Professoren aufgenommen und propagiert worden sei, so darf nicht vergessen werden, daß der nationale Gedanke eben einer der wichtigsten Programmpunkte der Bourgeoisie gewesen ist, und daß die Wissenschaftler, die ihn aufnahmen, nicht mehr Idealismus mitgebracht haben, als ihre Klasse von ihnen verlangte.

So bleibt denn die Studie des Warburger Staatsrechtslehrers im wesentlichen eine Art von politischem Bekenntnis, dessen Bedeutung darin liegt, daß es ein Angehöriger der Professorenzunft ausspricht. Was er sagt, ist nichts Neues und nichts Epochenmachendes. Nur daß er es sagt, verdient Beachtung und Anerkennung. Die Ideen der Zukunft, mit denen er im Bunde sein will, sind, wenn wir sie parteipolitisch rubrizieren wollen, die eines linksstehenden Fortschrittlers mit starken sozialreformerischen Neigungen. Er bringt die Forderungen der neuen Zeit auf drei Grundgedanken: den demokratischen, den sozialen und den internationalen, und mit dem oft etwas naiv anmutenden Freimut, der die Familie Schüdting auszeichnet (der Warburger Professor ist der Bruder des ehemaligen Hofmeisters Bürgermeisters), entwickelt er in erfreulich unprofessoralem Tone seine Meinung. Erfreulich wirkt die Art, wie er das Preußentum und die Kulturarmut des historischen Preußentums behandelt und die Notwendigkeit der energischen Durchführung demokratischer Reformen damit begründet, daß sonst die Staatsaufgabe bald in den Gutsbezirken Hinterponimerns angekommen sein werde, „während die Reise eigentlich nach dem Westen gehen sollte, von wo zwar nicht der preussische Staat, wohl aber die Zivilisation zu uns gekommen ist“. Nicht minder schonungslos wie mit dem spezifischen Preußentum springt er mit der jämmerlichen Schwäche der ordens- und titelstiftenden Bourgeoisie um, die mit Hilfe ihrer politischen Vertretung, der nationalliberalen Partei — Herr Enneccerus wird sich freuen — jene deutsche Abart des Konstitutionalismus möglich gemacht habe, die die halb feudale, halb absolutistische Herrschaft befestigt. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gilt Herrn Schüdting auch für Preußen als eine Notwendigkeit, und dieser merkwürdige Professor hat sogar Verständnis für die Forderungen der Frau. Nur in einem Punkte ist er merkwürdig insofern: Er, der Demokrat, verlangt nämlich nicht eine Vereinfachung, sondern nur eine Reform des preussischen Herrenhauses.

An seinem sozialpolitischen Programm hätten wir allerdings mehr auszusagen. Als echter und rechter Ideologe träumt er von einer Ausöhnung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, und mit marxistischen Lehren setzt er sich in der Schlagwortmanier der Leute auseinander, die nur sehr von weitem etwas von ihnen vernommen haben.

Aber soll man schließlich einen Professor des Staatsrechts schelten, wenn er vom Marxismus nicht mehr weiß und nicht mehr versteht als die große Mehrzahl seiner Kollegen von der Nationalökonomie? Es ist für Deutschland und insbesondere für Preußen wirklich schon allerhand, wenn ein Universitätsprofessor die „lächerliche Angst vor dem Sozialismus“ verspottet und versichert, der Sozialismus sei auf dem Marsche und die Anschauung von der Heiligkeit des Privateigentums in rapidem Schwinden begriffen.

Wo er über den Internationalismus spricht, hat er wieder festen Boden unter den Füßen. Wenn die Sozialdemokratie international sei, so deshalb, weil der vierte Stand das größte Interesse daran habe, daß die in Deutschland heute noch vornehmlich von ihm in der Form der indirekten Steuern aufgetragenen Milliarden nutzbringender angelegt würden als in Riesenpanzern und Wundmaschinen. Gerade auch in der Frage des Internationalismus wirkt seiner Ueberzeugung nach die Sozialdemokratie bahnbrechend; sie hat die Wissenschaften an den Universitäten weit überholt. Diese große kulturelle Bedeutung der Sozialdemokratie macht ihm immer aus neue die Stellung unverständlich, die der Staat zu ihr einnimmt. Er erblickt in ihr das stärkste Element fortschrittlicher Entwicklung und vermag keinen Grund zu erkennen, der die Nachthaber berechtigt, sie schlechter zu behandeln als andere Parteien. Auch ihre republikanische Gesinnung gibt seiner Meinung nach dazu kein Recht. „Was verpflichtet denn den Sozialdemokraten in einem konstitutionellen Staatswesen, in dem er als Aktivbürger seine politischen Ideale öffentlich vertreten kann, vor der Monarchie Halt zu machen?“

Wir haben hier also einen ordentlichen Professor, der sich für die Demokratie und den Internationalismus begeistert, mit dem Sozialismus liebäugelt und den Republikanismus nicht für ein verabscheuungswürdiges Verbrechen hält. Die milderen unter seinen Kollegen werden ihn einen sonderbaren Schwärmer nennen. Die Anhänger der strengeren Observanz aber werden ihn aufs schärfste verurteilen und im Bunde mit

den schwarzblauen Dunkelmännern eine fröhliche Hehe gegen ihn veranstalten, um diesen Verführer der Jugend vom Katheder herunter zu bringen. Auch wenn ihnen das nicht gelingt, werden sie wenigstens den Zweck erreichen, andere weniger mutigere einzuschüchtern, und jedenfalls bleibt Schüdting ein Vereinzelter. Sein Auftreten ist für ihn ehrenvoll und verdient unser Lob. Aber wir können ihn leider nicht als den Verkünder einer neuen Zeit begrüßen, sondern nur als einen, dessen Versuch, der Universitätswissenschaft neue Wege zuweisen, nur dazu beiträgt, ihr Elend im kapitalistischen Staate zu beleuchten.

### Die Sprache der blitzenden Bajonette.

Am 20. Juni debattierte der Reichstag den sozialdemokratischen Antrag auf Verbot des militärischen Eingreifens in politische und wirtschaftliche Kämpfe. Dieser Antrag zielte ins Herz des Militarismus, dessen höchstes Gebot lautet: „Du sollst auf Eltern und Geschwister schießen“. Alle innerpolitischen Mißbräuche und Gefährlichkeiten des stärksten Klassenstaatlichen Gewaltinstruments treten hinter der Verwendung der Armee zur Niederhaltung des politischen und wirtschaftlich vorantretenden Volkes weit zurück, in den Rang bloßer niederträchtiger Schikanen.

An einem erdrückenden Beweismaterial zeigten unsere Redner die Sündenfälle an rasselnden Drohungen, an rohen und blutigen Taten, an systematischer Vorbereitung zum Bürgerkrieg, die das Konto des preussisch-deutschen Militarismus belasten. Sie rissen die gleichende Hülle von der Guillotine für Kulturfortschritt, Volkswohl, Volksfreiheit. Sie entkleideten die schimmernde Wehr ihres patriotischen Schimmels.

Die bürgerlichen Parteien, alleamt Fehler der militaristischen Saredenherrschaft, wählten den besseren Teil der Tapferkeit, sie schwiegen das beredteste Schmeigen.

Die Regierung aber? Was hatte der Kriegsminister, der Angeklagte, zu sagen? — Daß er nicht leugnete, nicht zu leugnen versuchte, war selbstverständlich. Er konnte nicht leugnen. Frohgemut dries er dafür zum begeistertsten Entzücken derer um Fischbeck, Wassermann, Erberger, Liebert und Kreth die Rolle des sogenannten „Volksheeres“, das nur in Hinsicht der Belastung des Volkes diesen Namen verdient, als eines himmlischen Instruments zur Aufrechterhaltung der göttlichen Justizmishandlung, nötigenfalls zur Massakrierung des „inneren Feindes“, der in Wahrheit nur eben der Feind des wirklichen inneren Feindes, des Ausbeuter- und Unterdrückertums ist. Aber den Gipfel seiner Beredsamkeit erklimmte er, als er die brutale Niederwerfung des vorjährigen Ruhrstreiks „rechtfertigte“. Das war nur ein sanftes Atigeln der Unbarmhätigen, der Streikenden, mit den Millionenlängen! Man muß sich die Sache nicht so ernst vorstellen, höhnte er zynisch. Es ging ja so harmlos zu! Er griff jenes Wort auf, das ein Offizier der Exekutionstruppen im Ruhrrevier geprägt hatte: Es war nicht nötig, die Waffen mit dem Blut der streikenden Bergslaven, deutscher Bürger, zu besetzen; die Leute waren ja so friedlich; es genügte, ihnen vielsagend mit den Bajonetten zu winken, um sie, die Waffenlosen, zu Paaren zu treiben. Die Sprache der blitzenden Bajonette war eindringlich genug.

So unter dem Beifall der bürgerlichen Reichstagsmehrheit Herr v. Seeringen, heute schon weiland, preussisch-deutscher Kriegsminister. Das ist Begegnungsmoral! wurde im von unserer Seite zugerufen. Einst hieß die Alternative: „Die Worte oder das Leben!“ schließlich Raub. Künftig wird viel schöner von einer energischen Ausnutzung der beredten Sprache des geladenen Revolvers gesprochen werden dürfen.

Dank, Kriegsminister, für dieses Wort, tausend Dank! Wie ein Keilschneidwerk wirkte es, um so mehr, je ausdringlicher es mit jener hiedermännlichen Bonhomie vorgetragen wurde, die der verflorenen Militärgewaltige so meisterlich beherrschte. Es wurde in dem Sturm der jüngsten Reichstagsdebatten dennoch längst nicht genug beachtet. Es soll der Vergeßlichkeit entziehen werden und unserem Kampf gegen den Militarismus hundertfältig Frucht tragen.

Wir sehen der Sprache der blitzenden Bajonette die Sprache der blitzenden Geisteswaffen entgegen, der Empörung, des blitzenden Hasses gegen den Kapitalismus und den ihn beschützenden Militarismus; die Sprache der Völkerbefreiung, der Völkerverbrüderung. Und die Zukunft wird lehren, daß diese unsere Sprache eindringlicher, überzeugender, mächtiger ist als jene, daß sie nach dem babylonischen Gewirr der heutigen Tage als die Sprache der Menschheitsbefreiung alle Jungen und alle Herzen erobern wird, triumphierend über eine ganze Welt von Bajonetten und Kanonen.

### Kämpfe ohne Entscheidung.

Das Ringen zwischen Serben und Bulgaren auf dem mittleren Operationsgebiete zwischen Barbarsch und der bulgarischen Landesgrenze hält noch immer an und hat sich bis jetzt in einer Anzahl heftiger Teilkämpfe abgespielt. Etwas Zuverlässiges über den Ausgang dieser Kämpfe läßt sich auch heute noch nicht sagen. In den letzten Tagen wurde von bulgarischer Seite gemeldet, daß die sogenannte serbische Timokdivision bei ihrem Vorstoß in der Richtung auf Jstip

umzingelt und vollständig aufgerieben oder gefangen worden sei. Heute wird diese Niederlage von der serbischen Regierung in der energischsten Weise dementiert. Unkontrollierbar sind auch die Nachrichten, die über das Ningen auf dem Plateau von Ostische Polje und am Pregalnikflusse aus den einzelnen Lagern kommen. In diesem Bruderkriege haben die Parteien mehr denn je alle Ursache, dem Auslande und dem eigenen Lande möglichst rosig gefärbte Nachrichten vorzulegen. Möglich ist, daß die Bulgaren durch strategische Umgehungsmanöver und durch Verstärkung ihrer Truppenmacht im Zentrum zu einem entscheidenden Schlage ausfallen. Ob es daher zu einem serbischen „Sedan“ kommen wird, wie einige Konjunkturalstrategen prophezeien, muß abgewartet werden. Daß die Bulgaren es im Zentrum des mazedonischen Kriegsschauplatzes zu einer Entscheidung treiben, beweist ihre verhältnismäßig untätige Haltung im Norden und das Zurückweichen im Süden, wo den Griechen das Siegen sehr leicht gemacht wird.

Sollte es sich bewahrheiten, daß die Türkei aus ihrer Passivität heraustritten will und die Zurückziehung der bulgarischen Truppen aus Thracien fordert, könnte die Situation für die Bulgaren, die dann eine starke Truppenmacht gegen die türkische Ichtalabschaarmee bereit halten müßten, sehr bedenklich werden. Das wäre auch der Fall, wenn Rumänien nach Beendigung seiner Mobilisierung in bulgarisches Gebiet einrücken würde.

### Ein serbisches Dementi.

Berlin, 7. Juli. Die königlich serbische Gesandtschaft teilt mit: Alle Nachrichten der bulgarischen Telegraphen-Agentur von einer entscheidenden Niederlage und Gefangenahme der Timok-Division bei Kriwolak entbehren jeder Begründung; der Beweis hierfür ist, daß gerade die Timok-Division gestern Kriwolak zurück-erobert hat.

### Noch eine geschlagene serbische Division?

Sofia, 7. Juli. Die zwischen Egri-Balanka, Kratowo und Kumanowo operierende serbische Morawa-Division ist durch die Angriffe des Generals Tschewumgangen und hat schwere Verluste erlitten.

### Kotschana von den Serben genommen?

Belgrad, 7. Juli. (Meldung des Serbischen Pressebüros.) Unsere Truppen haben jedoch die Stadt Kotschana und das ganze Gebiet bis zum Pregalnikflusse besetzt. Wo sie einen Kampf zu bestehen hatten mit den Resten des bulgarischen Flügels, der auf stark befestigten Stellungen vor der Stadt den Rückzug der vorher geschlagenen siebenten (Nisa), und der vierten (Breslaw) Division hatte. Nach erbittertem Kampfe wurde der Feind unter Zurücklassung von Gewehren und Munition in die Flucht geschlagen; er zog sich, von unseren Truppen verfolgt, in der Richtung auf Jarewo-Selo zurück.

### Die Kämpfe im Norden.

Belgrad, 7. Juli. Die bulgarischen Versuche, bei Bistritza die Grenze zu überschreiten, sind mißglückt. Gestern versuchten die Bulgaren, bei Obrenowatz die Grenze zu überschreiten; sie wurden jedoch zurückgeschlagen.

### Wieder ein griechischer „Sieg“.

Athen, 7. Juli. Nach der Schlacht bei Nikitsch hat die Division des äußersten rechten Flügels der Griechen die Bulgaren nach neuem lebhaften Kampfe geschlagen; diese zogen sich über die Struma zurück. Die Divisionen des linken Flügels griffen den Feind, der die Höhen südlich von dem Dojran-See besetzt hielt, an, warfen ihn zurück und verfolgten ihn bis an die Strumitsa. Die Griechen haben zwölf Kanonen und viele Waffen erbeutet; die Verluste der Bulgaren sind sehr groß. Der Gesamtverlust der Griechen seit Beginn des Krieges beträgt zehntausend Mann an Toten und Verwundeten.

### Das Verhalten der Türkei.

Bisra, 7. Juli. Der „Königlichen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert: Die Nachrichten, die andeuten, daß sich in der Türkei der Wunsch erhebt, die Lage schleunigt auszubehalten, bedeuten auf Nichtigkeit. Es behauptet sich, daß die Pforte eine Note an Bulgarien gerichtet hat, worin schleunige Räumung von Kotschowa und der Marmara-Meer-Küste verlangt wird. Falls Bulgarien den Abzug seiner Truppen nicht freiwillig bewilligen sollte, so würden die dort befindlichen Streitkräfte der bulgarischen Armee durch die türkischen Truppen gewaltsam vertrieben werden. Die Behauptung, daß die Pforte sich bei diesem Vorhaben auf eine Verständigung mit Rumänien stütze, scheint bisher nicht begründet. Die Pforte wird vielmehr gedrängt durch die Stimmung im Meer und in der Bevölkerung, die es ihr nicht verzeihen würden, wenn sie die anscheinend günstigen Ausichten für das Eingreifen der Türkei unbenutzt lassen würde. Die Pforte mag wohl auch in dem Gefühl handeln, daß sie für ihr Vorgehen in Athen und Belgrad Verständnis finden werde.

### Russische „Reservistenübungen“.

Petersburg, 7. Juli. Die auswärtig verbreitete Meldung von einer bevorstehenden Probemobilisierung der russischen Armee wird von der Petersburger Telegraphen-Agentur als ganz unbegründet bezeichnet; es handle sich um die üblichen alljährlichen Sommerübungen der Reservisten.

Da wird Oesterreich seine Reservisten auch bald wieder „üben“ lassen.

### Die feindlichen Kreuzfahrer.

Genosse Barvus schreibt uns aus Konstantinopel: Der Befreiungskampf der christlichen Bevölkerungen des Balkans löste sich in eine allgemeine christliche Ketzerei auf, bei der sowohl die Christen im allgemeinen wie auch die Slawen im besonderen sich gegenseitig mit noch größerer Wut zerfleischten als jene, mit der sie ihren gemeinsamen „Kreuzzug“ gegen die „Un-gläubigen“ führten.

Die gegenseitige Mißgunst und Vergewaltigung begann von dem Moment an, als sie sich Herren ihres okkupierten Gebietes suchten. Sowohl die Serben wie die Bulgaren und Griechen suchten alle Elemente, die nicht der gleichen Nationalität oder Konfession waren, zu verdrängen, zu schwächen oder gewaltsam zu befehlen. Die Serben wollten nur lauter Serben um sich haben, die Griechen nur Griechen, die Bulgaren nur Bulgaren. Das Verhältnis zu den Muselmanen war sogar duldsamer als das zu den Gleichgläubigen. Denn an eine sofortige Assimilierung der Muselmanen konnte nicht gedacht werden, dagegen gehört tatsächlich nicht viel dazu, um in den gemischtsprachigen Teilen Mazedoniens, wo oft in der gleichen Familie der eine sich Grieche, der andere Bulgarer nennt, die Bevölkerung bulgarisch oder griechisch erscheinen zu lassen. So suchte man denn dem ersten Tage der Verheerung an durch Feuer- und Bluttaufen dem religiösen Bekenntnis und dem nationalen Selbstgefühl nachzugeben.

Das griechische kumantische Patriarchat hat soeben ein Memorandum veröffentlicht über die Vergewaltigungen, welche die Bul-

garen an Priestern und an der griechischen Bevölkerung begangen haben. Einiges aus diesem Schriftstück sei hier mitgeteilt: Da ist der Metropolit von Thessalonika. Die Bulgaren vertrieben ihn, sein Haus zu verlassen. Ebenso vertrieben die Bulgaren den Metropolit von Strumitsa daran, zur Feier des Georgstages das Dorf Sibovo zu besuchen. Den Metropolit von Drama vertrieben sie aus dem Ort Wassitsch, wo er die Liturgie abhält, und schickten ihn in seine bischöfliche Residenz ein. Die Abwesenheit des Metropoliten von Merobia benutzten sie, um den bischöflichen Kanal zu besetzen, wobei sie den Vertreter des Bischofs mit dem Tode bedrohten. Im Dezember wurde der Diakon des Metropoliten von Drama, Bessarion, auf dem dortigen Bahnhof auf den Befehl des Offiziers Stanißschew gemißhandelt, bestien und geschmährt. In der Diözese zwingt man die griechischen Priester, gegen ihren Glauben und ihre Ueberzeugung zusammen mit schismatischen bulgarischen Priestern den Gottesdienst zu halten. Der Priester im Dorfe Kara Kassin, Erister, mußte den Widerstand mit seinem Blute bezahlen. Ein Diakon der Diözese Heraklea wurde von einem bulgarischen Offizier in einer Apotheke erschossen. Es werden ferner eine ganze Reihe von Verhaftungen und Mißhandlungen griechischer Priester angeführt.

Es werden folgende gefeyrwürdige Maßnahmen gegen Kirchen angeführt: Die Vertreibung der griechischen Orthodoxen aus den Kirchen der Orte Wessitran und Dranow, aus der Franzes- kirche von Demokata, die dem Militär überlassen wurde, aus der Kirche von Ollas, die in einen Stall verwandelt wurde. Ebenso verfahren die Bulgaren mit den Schulen, die gewöhnlich in Kasernen und Hospitälern verwandelt werden. Die Schulmöbel wurden verbrannt. Die Lehrer wurden zum Militär eingezogen, die Lehrerinnen wurden vergewaltigt und einige starben infolge der Mißhandlungen oder verloren den Verstand. In der Residenz des Metropoliten von Heraklea nahmen die Bulgaren allen kirchlichen Schmuck, Marmorplatten von archaischem Werte. Aus der Kirche des heiligen Georg in Heraklea nahmen sie das in Gold und Silber gefasste Bild der Panagia mit sowie sechs antike Inschriften. In der Eparchie Genos raubten sie aus der Kirche des Ortes Herapia zwei alte, hochverehrte Ikonen (Bilder) u. s. w. Besonders gründlich wurde die Plünderung in der Eparchie Tschorlu ausgeführt, wo alle bewegliche und unbewegliche Habe der Bewohner von den regulären und irregulären bulgarischen Truppen mitgenommen wurde.

Wie die Griechen ihrerseits gegenüber den Bulgaren verfahren, davon gab, außer anderen, schon die blutige Entwaffnung der Bulgaren in Solonitsi eine recht große Illustration.

In seinen anderen Ausführungen tritt der „Tanin“ mit einer auffallenden Entschiedenheit für eine Politik ein, die sich gegen Bulgarien richtet. Bulgarien sei „das „Element“. Es sei im Interesse der Türkei, daß Bulgarien schwach bleibe“. Es will ihm scheinen, daß dieser Artikel stark unter dem Einfluß russischer Inspirationen steht. Als maßgebend für die Politik darf er nicht gelten.

## Politische Uebersicht.

### Liberaler Verantwortlichkeit.

Am Donnerstag und Freitag dieser Woche finden in Salzburg Garbelegen und Jauß-Belzig die Stichwahlen statt. Es besteht die Möglichkeit in beiden Kreisen den Konservativen das Mandat zu entreißen. In Salzburg-Garbelegen dürfte der von den Nationalliberalen unterstützte Bauernbündler Dr. Böhm über den Erzjanler v. Kröcher den Sieg davontragen, wenn die Sozialdemokraten für Böhm eintreten, und in Jauß-Belzig haben es am Freitag mit noch viel größerer Sicherheit die Freisinnigen in der Hand, dem Sozialdemokraten Ewald zum Sieg über den freisinnig-erbaiten Herrn von Derken zu verhelfen. Es wäre deshalb nichts als ein Gebot der politischen Klugheit, wenn der Freisinn auch offiziell endlich aus seiner Reserve herauszutreten und seinen Wählern in Jauß-Belzig die Weisung geben würde, in der Stichwahl für den Genossen Ewald einzutreten.

Das „Berliner Tageblatt“ hat schon in seiner Nr. 284 diese Lösung für die fortschrittlichen Wähler ausgegeben. Es schrieb: „Man wird deshalb den liberalen Wählern in Jauß-Belzig aufs dringendste empfehlen müssen, bei der Stichwahl, die am 12. Juli stattfinden soll, einstimmig ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten Ewald abzugeben, ebenso wie als selbstverständlich zu erwarten ist, daß auch in Salzburg-Garbelegen die sozialdemokratischen Stimmen auf den Vertreter des Bauernbundes Böhm eintreffen. Im die Personen ist es uns dabei gemiß nicht zu tun. Aber die Sache erfordert, daß zunächst einmal die Mehrheit der Wähler im Reichstag sichergestellt wird. Die Ausübung jeder sich in dieser Richtung bietenden Gelegenheit ist ein Gebot der politischen Klugheit.“

Und im Abendblatt vom Montag erneuert das „Berliner Tageblatt“ seinen Appell an die offizielle Parteileitung:

„Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die Aussichten für Herrn v. Kröcher bei der Stichwahl so lange günstig sind, als keine volle Arbeit über die liberale Taktik nicht bloß in Salzburg-Garbelegen, sondern auch in Jauß-Belzig geschaffen ist. In Garbelegen kann der Kandidat des Bauernbundes nur mit sozialdemokratischer Unterstützung siegen, während umgekehrt in Jauß-Belzig die fortschrittlichen Stimmen nötig sind, um dem sozialdemokratischen Kandidaten den Sieg zu gewinnen.“ Sobald die liberalen Parteien ihre Anhänger zum geschlossenen Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten in Jauß-Belzig auffordern, dürfte auch die Wahl des Bauernbündlers Böhm in Garbelegen gesichert sein. Im anderen Fall wäre die Wiederwahl Herrn v. Kröcher nicht ausgeschlossen. Es liegt daher bei den liberalen Parteien, ob die Linke um zwei Mandate verstärkt werden soll, oder ob die reaktionäre Rechte ihren Besitzstand behauptet.“

Das „Berliner Tageblatt“ hat die Situation politisch richtig gekennzeichnet: „Es liegt bei den liberalen Parteien, ob die Linke um zwei Mandate verstärkt werden soll, oder ob die reaktionäre Rechte ihren Besitzstand behauptet.“

Da die Wahl in Salzburg-Garbelegen bereits am Donnerstag, den 10. Juli, und die Wahl in Jauß-Belzig am Freitag, den 11. Juli, stattfinden, wäre es die höchste Zeit für die Herren Liberalen, Farbe zu bekennen!

### Goeringens Nachfolger.

Als Nachfolger Goeringens ist der Generalmajor von Falkenhayn, Chef des Generalstabes des vierten Armee-Korps, unter Beförderung zum Generalleutnant ohne Patent, zum Staats- und Kriegsminister ernannt worden. Der neue Kriegsminister ist aus der Infanterie herorgegangen und ist vornehmlich im Generalstabe verwandt worden.

### Protest gegen das Erfurter Schiedsurteil.

In Erfurt, der Stadt, die durch das militärische Schiedsurteil vom 26. Juni in der gesamten Kulturwelt zu so trauriger Bekanntheit gelangt ist, fand am Sonnabend abend eine Protestversammlung statt, die zu einer gewaltigen Kundgebung gegen die Auswüchse einer mittelalterlichen Militärjustiz und für die dagegen ankämpfende Sozialdemokratie wurde; um 1800 Personen waren im „Tivoli“ versammelt und mehrere hundert mußten umkehren, weil sie keinen Platz fanden. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Heinrich Schulz hatte das Referat übernommen. Eine Resolution, die gegen das Erfurter Schiedsurteil protestiert, die infolge des Urteils gemilderten Strafbestimmungen ausdrücklich auf die kraftvolle Initiative der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstoge zurückführt und die schonlose

Hege der reichsüberhändlerischen Blätter, die die Sozialdemokratie für die drakonische Härte des Urteils verantwortlich machen will, der allgemeinen Verachtung preisgibt, fand einstimmige Annahme.

Seit der Reichstagswahl hat Erfurt keine solche Protestversammlung mehr gesehen, ein Beweis dafür, welche tiefe Empörung in den Volksmassen gegen den Militarismus und seine Auswüchse herrscht.

Auch in Wolframshausen, der Heimat der sieben verurteilten Landwehrleute, fand eine überfüllte Protestversammlung statt, in der Genosse Reichstagsabgeordneter Pcus sprach, nachdem er schon am Sonnabend in Nordhausen in einer gleichfalls hart besuchten Protestversammlung die Barbarei der Militärjustiz und des ganzen militaristischen Systems gegeißelt hatte. Auch in diesen Versammlungen wurde eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß, nachdem der Reichstag oben auf Grund des neuen Wolframshäuser Falles sich genötigt sah, drei Lesungen eines sofort gemachten neuen Gesetzes in knapp 10 Minuten zu erledigen und der Reichstanzler erklärte, sich für die Annahme des Gesetzes im Unbedacht einsetzen zu wollen, die Wolframshäuser Verurteilten nunmehr zum mindesten auf Grund des neuen Gesetzes ganz erheblich milder bestraft werden.“

### Die Krupp-Kommission Ueber die Militärlieferungen

Wird zu Beginn der neuen Reichstagskession eine Kommission Erhebungen anstellen und dann dem Reichstag Bericht erstatten. Die Kommission ist bekanntlich auf Beschluß des Reichstags eingesetzt worden, nachdem Genosse Liebknecht seine Enthüllungen über das Treiben der Firma Krupp gemacht hatte. Der „Fürmer“ erinnert an gewisse Vorgänge bei den Militärlieferungen, die vielleicht dieser Kommission bei ihren Untersuchungen auch als schätzenswertes Material dienen können. Es wird da über den Kampf zwischen der Kanonenfirma Ehrhardt und der Firma Krupp erzählt:

„Ich kenne diesen Kampf sehr genau, und ich bezeuge keine Indiskretion, wenn ich von dem gerechten Jorne spreche, der in Ehrhardt leuchtete, als ihm im Kriegsministerium adelszuehend bedeutet wurde, daß er gegen Krupp nichts vermöge. Weil der Kaiser mit der Familie Krupp befreundet war, protegierten die Behörden die Firma Krupp. Die Freundschaft des Kaisers war für diese Firma ein lukratives Geschäft, das aber den deutschen Steuerzahlern sehr kostspielig wurde.“

Ehrhardt hatte die größten Verdienste um die Wehrhaftigkeit des Reiches sich erworben, als er gegen den jahrelangen Widerstand Krupps das Rohrdruckgeschütz konstruierte und zum Siege führte. Krupp aber sollte die Früchte ernten. . . . Das finanzielle und das militärische Interesse des Reiches waren es zur Pflicht der Minister, dafür zu sorgen, daß die Beziehungen des Kaisers zur Familie Krupp nicht einmal in das Licht kommen dürfen, daß sie auf die Geschäfte der Firma Krupp einen fördernden Einfluß haben.

Ehrhardt und Ehrhardts Krieger sind ein sehr dankbares Feld für den Reichstag, der es nicht zulassen darf, daß das Reich Monopole von Privaten züchtet auf Kosten des Volkes und zum Schaden der Wehrhaftigkeit des Landes. Um welche Preisunterstützung es sich dabei handeln kann, zeigte sich besonders grell bei einer Munitionslieferung: Ehrhardt hat dem Reich ein auch im Frieden in großen Mengen erforderliches Geschütz zu ungefähr einem Drittel des Preises geliefert, den vorher Krupp erhalten hatte.

Die Minister haben selbstverständlich die Pflicht, den Kaiser darüber aufzuklären, daß die Interessen des Reiches nicht nur gleiche Behandlung, sondern sogar die Begünstigung der Konkurrenz Krupps verlangen, damit das Monopol Krupps gebrochen wird.

Ich wiederhole auch den Ausdruck meiner Ansicht, daß es nicht geduldet werden darf, daß ein Admiral, der in Pension geht, Aufsichtsratsposten bei den Kanonenfirmen annimmt, mit denen er jahrelang als Dezerent im Marineamt Geschäfte über riesige Summen für das Reich abgeschlossen hat.

Solche Vorgänge entstellen einen Zustand, der sich aus dem Kontrakt zwischen Beamtegehältern und Industrieerzeugnissen „natürlich“ ergibt, aber deshalb noch nicht unbedenklich fortzuziehen darf, weil er „natürlich“ ist. Im Jahre 1876 warf die „Kreuzzeitung“ dem Fürsten Bismarck vor, seine Beziehungen zu Wehrführern dürften mindestens indirekt schon an die vormilitärische Zeit des Fürsten anknüpfen, als derselbe, um mit spärlichem Gehaltentgehalt und ohne eigenes Vermögen seinen Souverän repräsentieren zu können, allerdings guten Rat in finanziellen Dingen haben mußte. Als Bismarck darauf alle Leute öffentlich brandmarkte, die noch an der „Kreuzzeitung“ festhielten, trat ihr der preussische Adel beinahe geschlossen mit einer öffentlichen Erklärung gegenüber. Wo sind diese Herren jetzt, da amtlichen Verbindungen und großen Gemeindegeldleistungen haben hin und her laufen, die einen hohen Offizier, der in Pension geht, aus dem Dezerentat für Artillerie in vier Aufsichtsratsfunktionen bei Gesellschaften leiten, mit denen er für das Reich Geschäfte abgeschlossen hat? Ich behaupte nicht, daß das Reich billiger gekauft hätte, wenn der Dezerent des Marineamts nicht nachher Aufsichtsrat geworden wäre — die Gesellschaften können sich ja den Offizier gerade deshalb geholt haben, weil er ihnen vorher als energischer Preisdrücker imponiert hatte —, aber ich behaupte, daß auch in diesem Falle solche Verbindungen ausgemerzt werden müssen, und daß sie weit mehr Anlaß zum Unbehagen geben, als Bismarcks Verbindung mit Wehrführern.

Diese Bemerkungen enthalten zwar für unsere Leser nichts Neues. Als Auslassung eines konservativ geachteten Organs sind sie aber immerhin bemerkenswert.

### Massenkundgebungen gegen das Waldenburger Zuchthausurteil.

In zwei überaus stark besuchten Massenversammlungen demonstrieren Sonntag die Arbeiter des Waldenburger Industriebezirks gegen das Zuchthausurteil des Schwednitzer Schwurgerichts. Die Massen waren empört über das Urteil. Die Ausführungen der Redner, unter denen sich der freigesprochene Arbeitersekretär Oietzsch befand, wurden überall mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. Auch das Bürgerthum war in den Versammlungen stark vertreten. Die Entrüstung über den Demagogentumreich des freikonserватiven Chefredakteurs Lippold, der den Kronzeugen Köhler zur Denunziation anstiftete, war allgemein.

Unter stürmischen Zustimmungskundgebungen wurden Resolutionen angenommen, die den Schuldspruch der Geschworenen für einen Fehlpruch und Richterrium erklären und dem Demagogentenspiel des Köhler und Lippold tiefste Verachtung aussprechen. In den Resolutionen werden den Verurteilten und ihren Angehörigen die wärmsten Sympathien ausgesprochen.

### Oesterreich.

#### Keine Entmündigung Böhmens.

Aus dem Plan der Einsetzung einer Verwaltungskommission ist vorläufig nichts geworden. Der Landesauschuß legt seine Mandate nicht nieder, weil die zuerst mit der Entmündigung ganz einverstandenem Deutschbürgerlichen jetzt erklären, von einer Verwaltungskommission unter der Leitung des Statthalters Büchtem

Hun verhärtete Hochstimmung zu befürchten. Der Landesaus- schuß verlangt, daß ihm die der Verwaltungskommission zugehörigen neuen Steuern (Oktroi) bewilligt werden. Aber das will die Re- gierung nicht tun und so rückt der Bankrott Höher immer näher.

## Frankreich.

### Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 7. Juli. In der Kammer wurde heute der Artikel 18 des Militärgesetzes, der die Dauer des aktiven Dienstes auf drei Jahre festsetzt, beraten. Jaurès erklärte, daß der ganze Inhalt des Gesetzes, für das dieser Artikel grundlegend sei, durch die Erklärung der Regierung über die Einstellung der Zwanzigjährigen in Frage gestellt sei. Die Regierung würde im Oktober den ganzen Jahrgang 1910 entlassen müssen, dessen Zurückbehaltung sie ange- kündigt hätte. Somit rühre sie an ein Prinzip des Gesetzes, nämlich das Minimum der Effektivbestände, und zerstöre ein Haupt- argument für das Gesetz, da ja nur ein Jahrgang gebienter Leute unter der Fahne bleiben würde.

Der Reichstatter Paté erklärte, die Kommission habe sich betreffend die Einstellung der Zwanzigjährigen noch nicht ausge- sprochen, und im übrigen berühre diese Frage in keiner Weise den zur Beratung stehenden Artikel. Der Präsident der Kommission, Lefèvre, drang auf eine sofortige Abstimmung über den Artikel 18 und erklärte, das Gesetz achte den Grundsatz der Gleichheit. (Wohlfall im Zentrum.) Sodann wurde mit 314 gegen 255 Stimmen Schluß der Debatte über den Artikel 18 beschlossen. Weiter nahm die Kammer mit 475 gegen 2 Stimmen einen von der Kommission ge- billigten Zusatzantrag Daniel Vincent an, nach dem alle Militär- tauglichen gehalten sein sollen, tatsächlich die gleiche Zeit bei der Waffe zu bleiben.

### Annahme des Prinzips der dreijährigen Dienstzeit.

Paris, 7. Juli. Die Deputiertenkammer hat mit 339 gegen 223 Stimmen denjenigen Teil des Artikels 18 angenommen, welcher besagt, daß jeder als militärschuldig erklärte Franzose drei Jahre lang der aktiven Armee angehören muß.

## Belgien.

### Eine Durchpfeifung der Merikalen Schulborlage.

Brüssel, 6. Juli. (Sig. Ver.) „Das Schulgesetz muß noch vor Beginn der parlamentarischen Ferien votiert werden.“ So wenigstens erklärt das Merikale „XX. Siècle“ in einem Artikel, der diese Maßnahme trägt und der den Patriotismus der Merikalen in höchst anmutiger Form zeigt. Die Rechte hat die Militärforderungen bewilligt, heißt es darin, sie ist zu den finanziellen Opfern bereit; nun aber „Schulbeit“ die Regierung dem katholischen Belgien das Schulgesetz, das endlich den „Verdiensten der freien Schule“ — das ist nämlich der Klosterunterricht — Gerechtigkeit bringen soll! Da hat man es also: Die berühmte „Landesverteidigung“ wäre den Merikalen schenkte, wenn ihnen Herr von Broqueville nicht als Belohnung für die brave Verleugnung ihres antimilitaristischen Programms die Millionen für die Klosterschulen zu- gesagt hätte. Und darum nur nicht lange gefaselt und bringt die Geschichte noch vor Kammerzuschluß unter Dach und Fach. So wenigstens fordert es das „XX. Siècle“. Daß das auch der Wunsch der meisten Merikalen ist, ist wahrscheinlich genug, wenn sie sich auch hüten, in die ungenutzte brutale Sprache des Merikalen Blattes zu verfallen. Ist der Artikel nur ein Abriß des Terrains? Ist er eine Herausforderung der Opposition, die von vornherein gegen eine etwa beschlossene Durchpfeifung protestiert hat? Oder ver- birgt sich in all dem, wie die „Etoile Belge“ meint, vielleicht eine Kalkulation, die Opposition zur Ostruktion zu veranlassen, um aus dieser Situation zu einem Parteistreich Mut zu fassen? Aus allem sieht man jedenfalls das eine mit Sicherheit: Die Klöster wollen nicht nur die Millionen, sie wollen auch nicht warten.

## Holland.

### Die Sozialdemokratie und die Kabinettskrise.

Amsterdam, 6. Juli. (Sig. Ver.) Gestern hat Genosse Troelstra die angekündigte Unterhaltung mit der Königin ge- habt, um die Frage der Kabinettskrise einer Lösung entgegen- zusetzen. Am Tage vorher hat der Parteivorstand mit der Redaktion des Zentralorgans und der neuen Kammerfraktion eine Konferenz abgehalten, in der die Richtlinien festgelegt wurden, die Troelstra zur Lösung der Kabinettskrise vorzu- tragen hatte. Die Beschlüsse in dieser Konferenz wurden ein- stimmig gefaßt. Bemerkenswert ist die Mitteilung eines gut informierten bürgerlichen Pressenachrichtensbüros, daß trotz des lauten Geschreis der bürgerlichen Presse über die „Regierungsverantwortlichkeit“ der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit für die sozialdemokratischen Führer, Ministerposten zu akzeptieren, bisher noch kein einziger liberaler Politiker einem Sozialdemokraten einen Sitz im Kabinet an- geboten hat.

## Asien.

### Kämpfe zwischen Chinesen und Tibetern.

Tschang-tu (Provinz Sze-schuan), 7. Juli. Die Chinesen schlossen kürzlich Ostiang Tschang ein, aber die Munition ging ihnen aus und sie wurden überall von den Tibetern zurückgeschlagen und Hunderte von Chinesen fanden den Tod. Nach einem Bericht haben die Tibeter, als sie sich von den Chinesen eingeschlossen sahen, ihre Häuser verbrannt und ihre Frauen und Kinder getötet, ehe sie in den Kampf zogen, um sie nicht in die Hände der Feinde fallen zu lassen. Die Chinesen zogen sich auf Tschang-tu zurück.

## Afrika.

### Neue Kämpfe der Italiener in Tripolis.

Benghasi, 7. Juli. Da der kürzliche Ueberfall auf die Abtei- lungen der Majors Bili und Migliaccio von 500 bemanneten Eingeborenen mit zwei Geschützen ausgeführt worden war, und da eine weitere Verstärkung der Eingeborenen zu erwarten war, so beschloß General Tassoni, die Kuffinischen zu vertreiben, bevor sie sich vereinigen konnten. Er selbst übernahm die Leitung der Operation und marschierte mit drei Abteilungen nach Dajia Feidia. Durch einen heftigen Angriff wurde der Feind gezwungen, sich nach Dajia Feidia zurückzuziehen. Die Italiener nahmen trotz der Hitze die Verfolgung mit großer Wut auf. Die Verluste des Feindes sind sehr bedeutend. Es wurden auf dem Vormarsch etwa 150 Leichen gezählt. Bei den Italienern ist ein Asfari getötet worden; drei Asfari sind schwer, 14 Aspen- jäger und 11 Asfari leicht verwundet worden.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der Bericht des nur neun Monate umfassenden Geschäftsjahres des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bochum ergibt einen Mitgliederstand von 5820, davon 4557 männliche und 1263 weibliche. Die Einnahmen aus Beiträgen betrug 16 587,85 M., die Gesamteinnahmen 28 182,85 M. Die Gesamtausgabe beziffert sich auf 19 728,22 M. Der Bestand beträgt 8406,68 M. Die Vermögensübersicht ergibt einen Betrag von

10 976,28 M. Der Kassenbericht hebt hervor, daß über 97 Proz. der Mitglieder ihre Beiträge entrichtet haben.

Die am Sonntag in Altenbochum abgehaltene Generalversammlung beschloß einen Zweimonatsbeitrag von 25 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder einzuführen. Für die weiblichen Mitglieder wird fortan die „Gleichheit“ obligatorisch eingeführt. Zum Parteitag wurden zwei Genossen und eine Genossin delegiert. Die General- versammlung nahm folgenden Antrag an:

„Die Generalversammlung spricht die Erwartung aus, daß sich der deutsche Parteitag mit der Frage des Massenstreiks beschäftigt.“

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Merse- burg-Duerfurt hielt seine Kreisgeneralversammlung am Sonntag in Neuschberg ab. Die Zahl der männlichen Mit- glieder stieg von 2342 auf 2564, die der weiblichen von 372 auf 468. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 3032. Gewerkschaftlich organisiert sind im Kreise 6560 Personen. Das „Dassische Volksblatt“ wird in 2822 und die „Leipziger Volks- zeitung“ in 1078 Exemplaren gelesen. Im Kreise hat die Partei 38 Solale zur Verfügung, 9 Stadtwortführer, 53 Gemeindevertreter, 8 Bildungs- und 9 Jugendausstände, die teilweise sehr gut arbeiten. Politische Prozesse brachten 849,95 M. Geldstrafen und Kosten, gewerkschaftliche Prozesse 4 Monate 8 Tage Gefängnis und 33 M. Geldstrafe. Eine in Schlußig erriehete unentgeltliche Rechtsauskunftstelle, die aus Partei- und Gewerkschafts- mitteln unterhalten wird, erstreckt sich starks steigenden Zuspruchs. Der vorjährige Kassenbestand von 330,04 M. hat sich jetzt auf 3001,43 M. gehoben, da 5570,98 M. Ausgaben 8572,51 M. Ein- nahmen gegenüberstehen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde wiederum eine Agitationskommission eingesetzt, und in zwei Resolutionen wurden neue Grundlagen für eine weitere systematische Zeitungsagitation gegeben.

Ueber den Parteitag referierte Reichstagskandidat Genosse Pollender-Weipzig, der betonte, daß die Taktik der Reichstagsfraktion bei Behandlung der Wehr- und Dedungs- vorlagen nicht ohne scharfen Widerspruch bleiben werde. Schon im Hinblick auf die viel klarere Haltung unserer französischen Ab- geordneten. Weiter forderte der Redner, daß der Kampf um s preußische Wahlrecht auf die Tagesordnung des Parteitag gesetzt und dabei der politische Massen- streik diskutiert werde, der jedoch nach seiner Meinung nie in einer Zeit niedergebender Konjunktur einsehen dürfte. Der Kreisvorsitzende Konrad Müller-Sakewitz, betonte ebenfalls unter Weisfall, daß eine ausgiebige Diskussion über die Möglichkeiten des Massenstreiks immer dringender werde, die Distriktsversammlungen sollten sich baldigst damit beschäftigen. Als Delegierter für den Jenaer Parteitag wurde Genosse Pollender gewählt.

Der zweite braunschweigische Reichstagswahl- kreis (Wolfenbüttel-Helmstedt) hielt am 6. Juli in Königslutter eine Jahreskonferenz ab. Der Geschäftsbericht ergab, daß die Mit- gliederzahl um ein Geringses, auf 1161 zurückgegangen war. Weib- liche Mitglieder waren 127 vorhanden. Die Zahl der „Volksfreund“- Leser stieg auf 1878. Bei den Kommunalwahlen hatten wir einen Zuwachs von drei neuen Vertretern. Ingesamt verfügt die Partei über 19 Sitze in den Gemeindeparlamenten. Kreisvorsitzen- der wurde Genosse Sacherle-Wolfenbüttel, Reichstagskandidat Ge- nosse Riese-Braunschweig.

### Die Bildungsarbeit der Partei.

Die Bildungsausschüsse aus den 15 Thüringer Reichstagswahlkreisen tagten am 6. Juli in Erfurt. Anwesend waren 51 Vertreter von 12 Kreisbildungsausschüssen und 27 Ortsbildungsausschüssen. Genosse Schulz vom Zentralbildungs- ausschuss stellte fest, daß in keinem Bezirk so viel Arbeit geleistet wurde, wie in Thüringen. Die Tätigkeit der Wanderlehrer fand allseitige Anerkennung. Doch zeigte es sich, daß auf einigen Ge- bieten ein Mangel an tüchtigen Kräften vorhanden ist. Ein Vor- trag des Genossen Hilg-Wera über Jugendchriften fand großen Beifall.

Die nächste Tagung soll in Jena stattfinden. — Erfurt wurde wieder als Vorort bestimmt.

## Soziales.

### Zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus.

Der Drogist Artur Grebe in Neubrandenburg wurde am 1. Februar 1908 wegen Sittlichkeitsverbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Revision gegen dieses Urteil blieb ohne Erfolg. Grebe hat die Zuchthausstrafe vom 10. März 1908 bis 10. März 1910 voll verbüßt. Es war ihm zur Last gelegt, sich an der Tochter des Dekomiserats Kruse, die damals 13 Jahre alt war, sittlich vergangen zu haben.

Der Angeklagte beteuerte fortgesetzt seine Unschuld und versuchte vom ersten Tage der Verbüßung seiner Strafe an, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. Schließlich hat die Zeugin Kruse, die als Robige und Hilfskrankenschwester in einem Krankenhause Anstellung gefunden hatte, von Ge- meinschaften gepeinigt, ihrer Oberin gegenüber erklärt, daß sie den Grebe zu Unrecht bezichtigt habe. Nunmehr wurde dem Wiederaufnahmeantrage des Rechtsanwalts Bahn stattgegeben. Die Verhandlung fand am Sonnabend vor der Strafkammer des Landgerichts Neu-Stre- litz statt. Die Zeugin Kruse gab zu, daß ihre damaligen Angaben unwahr seien, sie habe seinerzeit unter dem Zwange ihrer Erzieherin gehandelt. Nach 8½stündiger Verhandlung wurde der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigelassen. — Grebe ist durch die Verbüßung der zweijährigen Zuchthausstrafe körperlich und geistig fast zusammengebrochen. Voricht vor Wiederauf- sagen lehrt aufs neue der Prozeß.

### Geburtenrückgang in Preußen.

Im 4. Quartal 1912 sind nach der jetzt vorliegenden amtlichen Zusammenstellung in Preußen 288 228 lebende Kinder geboren gegen 291 279 im 4. Quartal 1911 und 301 698 im 4. Quartal 1910. Es hat also gegenüber dem vorausgegangenen Jahre ein Rückgang um 3156 oder 1,1 v. H. stattgefunden, während im Jahre 1911 eine Abnahme um über 10 000 oder 3,4 v. H. erfolgt war. Die Zahl der Todesfälle ist gegenüber dem Jahre 1911 von 154 603 auf 149 081, also um 5522 oder 3,6 v. H. zurückgegangen. Damit ist der Ueberstich der Geborenen über die Gestorbenen von 138 776 auf 139 162 gestiegen. Die Zahl der Eheschließungen betrug im 4. Quartal 1912: 103 511 gegen 101 272 im 4. Quartal 1911 und 98 127 im 4. Quartal 1910.

### Sonntagsruhe in Hamburg.

Am verflohenen Tage ist folgende Senatsverordnung auf Grund des Ortsstatuts über die Sonntagsruhe in Hamburg in Kraft ge- treten:

§ 1. Für die Stadt Hamburg wird die nach § 105 b Absatz 2 der Gewerbeordnung an Sonn- und Festtagen mit Ausnahme des ersten Weihnachtstages, Osters- und Pfingsttages zulässige Beschäftigung der Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe ein- geschränkt 1. auf drei Stunden in allen Handelsgewerben, mit Aus- nahme der unter Ziffer 2 bezeichneten; 2. auf 4½ Stunden mit Nummern und Kränzen und im Expeditionsgewerbe. Für den Zeitungs- verlag, die Zeitungsredaktion und den Handel mit Grabsteinen findet eine Einschränkung nicht statt.

§ 2. Die Beschäftigung darf nur während der nachstehend be- zeichneten Stunden stattfinden: 1. im Handel mit geräucherter, marinierten, gesalzenen oder gebackenen — überhaupt zubereiteten — Fischen und Seetieren aller Art

a) für den Großhandel (Abgab an Wiederverkäufer) von 12 bis 3 Uhr nachmittags, b) für den Kleinhandel (Abgab an Konsumenten) von 6 bis 9 Uhr abends.

Die Festsetzung unter b) gilt nur für die Geschäfte, in denen der Handel mit den genannten Artikeln den alleinigen oder den Hauptbetrieb bildet; 2. in den übrigen unter die Ziffer 1 des § 1 fallenden Handelsgewerben von 7 bis 10 Uhr vormittags; 3. im Handel mit Blumen und Kränzen und im Expeditionsgewerbe von 7 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 1½ Uhr nachmittags.

## Aus Industrie und Handel.

### Das Kohlenyndikat und die Regierung.

Nach den scharfen Worten, die gelegentlich des Rücktritts des preussischen Handelsministers vom Kohlenyndikat aus dem Ruhr- bezirk ertönt, mußte man annehmen, daß dem Kohlenyndikat an einem Wiedereintritt des Rüstus in das Syndikat überhaupt nichts mehr gelegen sei. Aber schon aus Mitteilungen, die vor einiger Zeit veröffentlicht wurden, ging hervor, daß die Situation nicht ganz so liegt. Charakteristisch hierfür ist auch ein Aufsatz aus dem Bericht des Syndikats, den der Jahresbericht der Handelskammer für Essen enthält. Am Schluß einer Schilderung der Markt- und Preis- lage für Kohlen im Jahre 1912 heißt es dort: „Der Ruhrbergbau, der nach seinem Abkommen mit dem Syndikat zur Preisstellung gehört werden mußte, erhob gegen die Preiserhöhung, namentlich soweit sie Hausbrandkohlen betraf, Widerspruch. Seine Wahrung gegen die Preiserhöhung ist von den Beteiligten des Syndikats mehr als die formelle Wahrung eines abweichenden Standpunktes, denn als eine unabwendbare Bedingung für das Zusammengehen mit dem Syndikat aufgefaßt worden. . . . Dem Vorgehen des Handelsministers haben sich zwar die übrigen aufstehenden Bezirke, die ebenfalls Verkaufsabkommen mit uns getroffen hatten, nicht angeschlossen, doch besteht kein Zweifel darüber, daß durch den Rücktritt des westfälischen Bergbaus von dem Verkaufsabkommen neue Schwierigkeiten in die Verhandlungen über die Syndikats- erneuerung hineingetragen worden sind. Immerhin ist es zu be- greifen, daß auch nach Kündigung seines Verkaufsabkommens der Bergbau weiter einen Vertreter zu den Verhandlungen über die Erneuerung des Syndikats entsendet.“ Diese Worte klingen schon sehr milde und es ist charakteristisch, daß das Kohlenyndikat die Entsendung eines Vertreters des Bergbaus zu den Erneue- rungsverhandlungen befragt. Daraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß dem Syndikat an der Beteiligung des Rüstus außer- ordentlich viel liegt, moraus wieder für den Rüstus folgt, daß er bezüglich der Preispolitik seine Bedingungen stellen kann. Auch in anderer Hinsicht ist das Kohlenyndikat von der Regierung ab- hängig, wenn auch nicht vom Bergbau. In der Frage der Eisen- bahntarife wird schon seit langer Zeit vom Syndikat mit dem Eisenbahnministerium um Tarifherabsetzungen verhandelt.

Die rheinisch-westfälischen Werke erzielten Tarifherabsetzungen für die Ausfuhr von Kohle nach dem Ausland. Bisher hat sich die Eisenbahnverwaltung gegen solche Tarifermäßigungen erklärt. Die Regierung wäre also sehr wohl in der Lage, die Interessen der Kon- sumenten gegenüber dem Syndikat nachdrücklich zu vertreten. Aber bei der freiwillig gelübten Abhängigkeit der Regierung von den In- dustrie-Magnaten ist das allerdings kaum zu erwarten.

Der Siegedzug des elektrischen Stromes. In welcher schneller und umfangreicher Weise der elektrische Strom seine Eroberung macht, zeigt sich an der folgenden Tabelle, die die Entwicklung des Stromverbrauches der ober-schlesischen Ueberlandzentrale in den letzten 10 Jahren darlegt:

Jahr	Kilowattstunden
1903	15 840 823
1906	37 063 883
1909	72 066 104
1911	100 081 808
1912	128 240 074

Es fehlt also nicht viel, daß in den 10 Jahren eine Verzehnfachung des elektrischen Verbrauches in dem Bezirk dieser Ueber- landzentrale eingetreten ist.

## Letzte Nachrichten.

### Die Verhandlungen im Goldgräberstreik.

London, 7. Juli. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“) Nach den letzten Nachrichten wird die von Lord Gladstone an den Kolonialminister telegraphierte Ansicht, daß die Bergarbeiter jedens- falls die Friedensbedingungen anerkennen werden, als nicht zu- treffend geschildert. Die Arbeiter verlangen, daß sich die Re- gierung schriftlich verpflichtet, für die Familienangehörigen der Ge- fallenen und für die Verwundeten zu sorgen. Eine Deputation der Streikführer ging heute, Montag morgen, nach Pretoria, um mit General Botha über diese Angelegenheit Rücksprache zu nehmen.

Pretoria, 7. Juli. Wie das Reutersche Bureau meldet, haben heute die Generale Botha und Smuts eine Abordnung der Aus- ständigen empfangen, um über die Bedingungen der Beilegung des Streiks zu verhandeln. Die Minister versprochen, die Frage in Erwägung zu ziehen, wie für die Hinterbliebenen der bei den An- reisen getöteten Leute gesorgt werden solle, verweigerten aber, die- jenigen zu begnadigen, welche sich schwerer Straftaten schuldig gemacht haben. Sie versprochen indessen, die anderen Fälle in Be- tracht zu ziehen.

### Die Cholera auf dem Kriegsschauplatz.

Belgrad, 7. Juli. Das Serbische Pressebureau meldet: Gestern herrschte an der Front der dritten Armeekorps. Nachdem die Bul- garen 6 Tage lang erfolglos versucht hatten, die serbischen Kampf- linien zu durchbrechen, begannen sie jetzt, sich zurückzuziehen und ihre zerstreuten Abteilungen zu sammeln. Die Verluste der Bulgaren an Menschen sind ungeheuer groß. In Ispiz herrscht die Cholera. Alle Gegenmaßnahmen sind getroffen.

### Absturz eines Fliegers.

Schwerin, 7. Juli. (R. Z. V.) Heute abend kurz vor 8 Uhr stürzte auf dem Flugplatz Görries Leutnant Adam, der heute zum erstenmal allein aufstieg, aus einer Höhe von 20 Meter ab, wahrscheinlich infolge eines Fehlers am Höhensteuer. Der Apparat wurde zum Teil zertrümmert. Der Flieger wurde schwer ver- letzt nach dem Garnisonlazarett gebracht.

### Bankenzusammenbruch in Pittsburg.

New York, 7. Juli. (R. Z. V.) In Pittsburg ist eine allge- meine Panik in Bankkreisen ausgebrochen. Der Grund dazu ist der Zusammenbruch einiger großer, angelegener Banken, die mit der American Water Works and Guaranty Company in Verbin- dung stehen. Es handelt sich um die erste und zweite Pittsburger Nationalbank, die heute ihre Zahlungen einstellen mußten. Ebenso hat die American Water Works and Guaranty Company, die in 40 Städten der Vereinigten Staaten Wasserleitungsanlagen be- treibt, ihre Zahlungen eingestellt. Als die Nachricht von der Zah- lungseinstellung bekannt wurde, bemächtigte sich des Meinen Sparer- pudstums eine große Erregung und die Massen der Pittsburger Spardank, die in finanziellem Zusammenhang mit den insolventen Häusern steht, wurden vom Pubstikum gestürmt, das seine Einzah- lungen zurückverlangte.



**Donnerstag, den 10. d. M.**

beginnt unser

**Saison-Ausverkauf**

**Enorm billige Preise!**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.**

Hente Dienstag, dem 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den „Prachtfälen des Ostens“:

**Mitglieder-Versammlung des Petersburger Viertels.**

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Zubeil über: „Ist der politische Massenstreik ein Kampfmittel für die Arbeiterklasse?“
2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Viertelleitung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin C 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1293, 9714.

Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer Nr. 15:

**Mitglieder-Versammlung der Bananschlager Berlins u. Umgegend**

Tagesordnung:

1. Branchenanliegenheiten.
2. Diskussion.
3. Wahl der Kommissionsmitglieder.
4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreiches u. hübsches Erscheinen erwartet.

191/11

**Ortskrankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin.**

Am Sonntag, den 18. Juli cr., vormittags 10 Uhr, findet in Schulz' Hof (Eingang Königsgraben) eine

**Außerordentliche General-Versammlung**

Tagesordnung: Stellungnahme zum Bescheide des Oberverwaltungsamtes. Einladungskarte legitimiert! Der Vorstand: Aug. Brunzel, Ewald Potormann, Vorsitzender, Schriftführer.

**Theater.**

Dienstag, den 8. Juli 1913. Anfang 7 1/2 Uhr. Prater. Das Summelmädchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Kroll-Oper. Lohengrin. Anfang 8 Uhr. Urania. Im Lande der Ritternachtsknecht. Schiller O. Fra Diavolo. Berliner Filmzauber. Thalia. Puppen. Metropol. Die Kino-Königin. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 1/2 Uhr.

Romdienenhaus. Hochherrschaffliche Wohnungen. Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Harmermädchen. Lustspielhaus. Der lustige Kalaba. Hofe. Tagebuch einer Verlorenen. Luise. Die Alibi-Debut. Volles Caprice. Ein Pechvogel. Die Krampfsche. Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches. Die Schiffbrüchigen. Deutsches Schauspielhaus. Eine Bergangshheit. Theater am Kollendorferplatz. Der Mann mit der grünen Nase. Anfang 9 Uhr.

Admiralpalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.

**Schiller-Theater O. Wallner-Theater. (Sachse-Oper.)**

Heute abends 8 Uhr: Fra Diavolo.

**Berliner Theater.**

8 Uhr: Filmzauber.

**Deutsches Schauspielhaus**

8 1/2 Uhr: Eine Bergangshheit.

**Kroll-Oper**

7 1/2 Uhr: Lohengrin.

**Die Meistersinger von Nürnberg.**

**ROSE-THEATER**

Große Kranfurter Str. 132. Ensembl.-Gastsp. Oedak-Lutz. Tagebuch einer Verlorenen. Anfang 8 1/2 Uhr. Auf der Gartendüne: Achtung! Es geht los! Anfang 4 1/2 Uhr.

**Montis Operetten-Theater**

(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. Sommerprelle. Gastsp. Jul. Spielmann. 8 Uhr: Der lachende Ehemann.

**Neue Welt**

Hasenheide 108-114. Heute Dienstag, 8. Juli, abds. 8 1/2 Uhr: Volks-Sinfonie-Konzert des Blüthner-Orchesters.

**Admiralpalast**

Einzig. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballetten. Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich. Flirt in St. Moritz. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

**200 LOGISCHER GARTEN**

Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Theater am Kollendorferplatz. Täglich 8 1/2 Uhr: Burleske Spiele. Der Mann mit der grünen Nase. Außerdem: Das erstklassige Varietöprogramm und Kino.

**Passage-Panoptikum**

Der persische Augenfakir in seinen fanat. Derwisch-Märtern (hebt u. a. mit den Augen schwere Gewichte). 3 Schwestern Liliput, die kleinste Schwest. der Welt. Alles lebend! Ohne Extra-Entree!

**Metropol-Theater.**

abends 8 Uhr: Die Kino-Königin. Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Montomali. Musik von Jean Gilbert. In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

**Reichshallen-Theater**

Stettiner Sänger. „Der grobe Gottlieb.“ Burleske von Meysel. Anfang 8 Uhr.

**Volksgarten-Theater.**

Badstr. 8 und Bollermannstr. 20/25. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung. Unsere Don Juans. Gesangsposse in 4 Akten v. F. Krepton. Dazu: Erstklassiges Spezialitätenprogramm. Anfang 4 Uhr.

**LUNA PARK**

Japan, Witching Waves, Oceana Tanzrad, Ballhaus usw. usw.

**Brauerei Friedrichshain**

Am Königsbr. Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag: Kaffee-frei-Vorstellung der Norddeutschen und Apollo-Sänger. Freitags: Frei-Konzert.

**Neue Welt**

A. Scholz, Hasenheide 108-114. Heute Dienstag: Großes Konzert u. Vorstellung. Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.

**Voranselge!**

Mittwoch, den 9. Juli: I. Gr. Kindererntefest. 1. Hauptgewinn für Knaben und Mädchen je eine goldene Uhr. Anf. 4 Uhr. Entree 15 Pf.

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz. 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

**Buchhandlung Vorwärts**

Lindenstr. 69 (Laden)

**Ansichtskarten**

vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin in reicher Auswahl. Stück 5 Pf.

**700**

Angabe: Valerius, Mitter, von Herrschaften, Raubrittern etc. getragen, aus Maßhalten in ersten Reihen geordnet, für jede Frau (auch Bäckerin), posend am Lager. Frau-Anzüge M. 10 14 18 u. 22. Kost-Anzüge 12 16 20. Gebroch-Anz. 14 22 27. Herren-Anz. 5 8 12. Hüter 13 16 22. Hütel-Anzüge 7 10 14. Dofen 2 3 bis 6.

**Abt. II: Neue Bekleidung.**

Institut für Verlebung eleg. Gesellschafts-Anzüge. Garderobehaus Gr. Frankfurter Str. 116, an der Andreasstr. H. Geschäft: Chausseestr. 59.

**H. Pfau, Bandagist**

Berlin Direksenstraße 20. C. zw. Bahnh. Alexanderplatz und Volksgarten. - Amt Kat. 3208. Für Damen Frauen-Bedienung. \* Lieferant für alle Krankentafeln.

**Jubiläums-Lose à 1 Mk.**

11 Lose für 10 Mk. (Purlo. Liste) 25 Pfg. extra. 20000 Lose, 4300 Gewinne. Gesamt w. M.

60000  
20000  
10000

Lose in allen Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen u. durch Generaldebit.

**Lud. Müller & Co.**

Berlin W., Werderscher Markt 10. Tel.-Adr. Gockmüller.

**PUCK**

DIE NEUE QUALITÄTS-3 Pfg-CIGARETTE

M/GOLD  
M/HOHLMOST. FLAG.

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN  
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Quittung.

Im Monat Juni gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 1. Hennig, Argentinien 5.—; Berlin, v. d. Dreibern der Kohlen-... 1. Hennig, Argentinien 5.—; Berlin, v. d. Dreibern der Kohlen-... 1. Hennig, Argentinien 5.—; Berlin, v. d. Dreibern der Kohlen-...

Berlin, den 5. Juli 1913.

Für den Parteivorstand: Otto Braun, Lindenstr. 8.

Postfachkonto: Nr. 7018, A. Gerich, F. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstr. 8, beim Postfachamt Berlin.

Das Massenstreikproblem.

VIII.

In der Erfurter „Tribüne“ lesen wir:

Wie aber steht es mit dem Massenstreik als politisches Kampfmittel? In den Köpfen von Anarchisten, Anarcho-Sozialisten, Sozial-Romantikern und Syndikalisten pulst die Idee, daß die Arbeiterschaft durch einen Generalstreik die kapitalistische Wirtschaftsweise umstoßen und durch eine neue Ordnung ersetzen könne...

Massenstreik oder nicht: Das eine tut uns dringend not, daß durch unsere Taktik die revolutionäre Energie in der Arbeiterklasse nicht eingeschläfert, sondern immer wieder angeregt wird. Wir kommen damit nicht vorwärts, daß wir uns auf unseren Parteitag die Einigkeit attestieren und Bivat rufen, wenn es uns gelungen ist, Auseinandersetzungen über tatsächliche oder prinzipielle Angelegenheiten aus dem Wege zu gehen...

Die „Preussener Volksmacht“ schreibt unter der Spitzmarke „Der Preußenstreik“ u. a.:

„Ob nun ein Preußenstreik wirklich kommen wird? Vorläufig wohl noch nicht. Zwar ist in keinem Lande der Welt die Organisation und die politische Auffassung der Arbeitermassen weiter vorgeschritten, als in Preußen-Deutschland, und doch erscheinen vielen die Vorbedingungen für einen Wahlrechtsstreik noch nicht erfüllt. An mehr als einer maßgebenden Stelle überwiegen noch die Bedenken. Doch wer wollte heute voraussagen, wie wir mit dieser Frage bereits in einem oder in zwei Jahren stehen können...“

Feist steht zunächst, daß unser Wahlrechtskampf in verstärktem Maße weitergeführt werden wird. Der Gedanke an einen Massenstreik bewegt heute größere Kreise als je zuvor. Wenn seine Anwendung in der nächsten Zeit auch wieder empfohlen, noch beschlossen werden kann, so kann doch auch niemand mehr sagen, daß er auf keinen Fall kommen könnte...

Im „Braunschweiger Volksfreund“ heißt es u. a. über „Masse und Massenstreik“: Der politische Kampf des deutschen Proletariats spaltet in dem parlamentarischen, der wirtschaftliche im gewerkschaftlichen...

Es ist eine riesige politische und eine noch ausgedehntere gewerkschaftliche Organisation geschaffen worden. Organisationen, die dem einzelnen gegenüber den erdrückender Macht sind. Beide Organisationen sind zentralisiert und mit einer strengen, musterhaften Disziplin ausgestattet. Alle Kämpfe, die sie führten, wurden mit gewaltigen Mitteln geführt, auf die Gewerkschaft wurde streng gehalten. Ja, man kann sagen, daß sich die Disziplin zum großen Teil darauf erstreckte, die Massen in den gewerkschaftlichen Schranken zu halten. Das ist vorzüglich gelungen. Nicht nur gefestigt, sondern auch wohlwollend in gut bürgerlichem Sinne ist die organisierte Arbeiterschaft. Man hat sie sich in Geduld zu fassen und sich jede impulsive Temperamentsregung zu verwehren gelehrt. Nur nicht mit den Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Gewalt in Konflikt geraten! Die Regierung könnte sonst daraus Anlaß zu einem neuen Ausnahmegegesetz oder zu noch schlimmerem nehmen. Außerdem wollte man im Parlament stets ein reines Hemd anhaben. Die Disziplin hatte dafür zu sorgen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ja nicht über irgendwelche räudigen Schafe in Verlegenheit kamen. Die organisierte Arbeiterschaft sollte immer als der leidende Teil dastehen, dem stets von oben herab Unrecht geschehe.

Diese Taktik der leidenden Gewerkschaft war notwendig und hat die Organisation stark gemacht. Sie bewährte sich bei den Wahlen vorzüglich. Aber sie ließ auch die herrschenden Mächte stark und brachte von der politischen Macht so viel wie nichts in die Hände des organisierten Proletariats. Es war eine Taktik der Vorbereitung auf eine ferne Zukunft.

Damit gab man aber der Masse nicht einen revolutionären, sondern einen friedfertigen, vorwiegend geduldsamen Charakter. Die Arbeiter richteten sich im bestehenden Staate ein. Sie wurden dadurch nicht verbürgerlicht, im Gegenteil, sie bildeten erst recht eine besondere Klasse und schiedem ihre Einrichtungen streng von den bürgerlichen. Aber die Tendenz, sich in der bestehenden Ordnung auf unabsehbare Zeit behaglich einzurichten, war und ist doch unentzerrbar vorhanden. Der deutsche Arbeiter ist ein so vorzüglicher Hausvater, daß er selbst der Dromwucherpolitik trotzen konnte. Er hält auch die Sparkasse hoch, liebt seinen Schrebergarten, erwirbt wohl selbst ein Grundstück, lebt hygienisch, nimmt Luft- und Wasserbäder, trinkt keinen Alkohol, pflegt ein Aquarium, vermeidet eine große Kinderzahl, kurz und gut: er richtet sich ein, so gut es geht, wobei ihm seine Organisationen, seine Gewerkschaft, sein Konsumverein usw. einen guten Ratschlag geben. Für seine Unterhaltung sorgen der Bildungsausschuß, der Arbeiterturnerbund, der Arbeitergesangsverein usw., und jetzt bietet ihm die „Kollektivsorge“ noch eine Sicherstellung der Familie nach seinem Tode. Die Gedankenwelt des organisierten Arbeiters wird dadurch, trotz aller prinzipiellen Aufklärung in der Gegenwart und ihrer Gefährlichkeit verankert. So sind freilich nicht alle Arbeiter. Aber die maßgebenden, die von den Arbeitern geachtet, den Charakter der Masse bestimmenden Arbeiter sind ruhige, sparsame, gewissenhafte, solide Leute, die schon einen Stich ins Bureaucraticum annehmen. Aus ihnen rekrutiert sich dann die Bureaucratie der Organisationen. Unwirtschaftliche, leicht entflammbare Sprudellöpfe stehen sehr tief im Kurse. Und auch die stillen Träumer, Dichter und Philosophen unter den Arbeitern spielen keine Rolle. Es dominiert die wohlwollende, aber auch nüchternen Tüchtigkeit, die keine Revolution macht.

Mit dem nationalen Temperament hat das nichts zu tun, es ist eine Folge der Auslese, die die Erziehung zur Gewerkschaft vorgenommen hat. Der Charakter der proletarischen Masse bestimmende sozialdemokratische Arbeiter ist Klassenbewußt und durchaus nicht verbürgerlicht, aber sein sehr stark entwickeltes Pflichtgefühl ist Impulsen gegenüber zurückhaltend. Er hält sich an liebsten an seine Instanzen. Der Ausdruck „Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht“ ist denn auch zu einer ständigen Phrase in unseren Revolutionen geworden.

Die Taktik der leidenden Gewerkschaft hat es dem Proletariat zur Pflicht gemacht, seine Impulse zu unterdrücken. Woher soll da die Initiative aus den Massen kommen? Soll sie ihnen auch zur Pflicht gemacht werden? Wenn der Parteivorstand unglücklicherweise dem Vorschlage der Genossin Luxemburg gefolgt wäre und anlässlich der Anwesenheit des Zaren in Berlin einen einseitigen Massenstreik proklamiert hätte, würden wir die schönste Gelegenheit gehabt haben, uns eine gründliche Blamage zuzuziehen. Der Streik wäre jämmerlich mißlungen.

Auch unsere Organisation möchten wir nicht grundsätzlich umgestalten. Solch festen Kitt schlägt man nicht in Stücke. Dennoch müssen wir uns auf große politische Kämpfe, die mit allen Mitteln zu führen sind, gefaßt machen. Darauf müssen die Massen erzieherisch vorbereitet werden. Das geht aber nur, wenn unsere Agitation wieder von revolutionärem Geiste getragen wird, wie es z. B. während der russischen Revolution der Fall war. Die Erziehung zur Einrichtung im Klassenstaate, die die Gefahr einer Verwachsung mit dem herrschenden Staatssystem in sich birgt, da sie doch alle die schönen Reichtümer, die sie baut, am Stamme des Klassenstaates und unter dem schützenden Knäuel seiner Gesetzgebung, muß zurückgedrängt werden. Und wenn das nicht mehr möglich wäre, dann muß eben erst eine neue Generation heranwachsen, bevor wir in das gelobte Sanaan einzutreten.

Der 39. Herztekkongreß.

Vom 3. bis 5. Juli wurde der 39. Herztekkongreß in Eberfeld abgehalten. Etwa 400 Ärzte nahmen als Vertreter von rund 25 000 Ärzten teil.

Der Herztekkongreß identifizierte die Herztekkongreß mit den Bestrebungen des Leipziger Verbandes. Die Tagung wurde von dem Verhältnis zu den Krankenkassen, dem zu den Berufsvereinigungen und den Reichsversicherungsanstalten beherzigt. Der Vorsitzende Dippe meinte bezüglich der Klassenfrage: „Wohin denn überhaupt gekämpft werden? Diese Frage möchte ich für meinen Teil laut und deutlich mit Nein beantworten. Es mußte gekämpft werden, aber es muß nicht mehr.“ Weit weniger friedlich aber klang es aus dem Referat des Dr. Streffer-Leipzig. Nach seiner Anschauung haben — darin täuschen die von ihm gebrauchten Floskeln von einer Gleichberechtigung mit den Krankenkassen nicht — die Ärzte zu differieren. Die Krankenkassen sollen allein mit der ärztlichen Organisation sich in Verbindung setzen. Unannehmbar sei es für die Ärzte, daß die Krankenkassen, ihrem Selbstverwaltungsrecht und dem Gesetz entsprechend, das System der kostenärztlichen Versorgung festsetzen. Alle Einigungsverhandlungen, die dies Recht der Krankenkassen nicht aufgeben, seien für die Ärzte unannehmbar. Sie dürften es auch nicht dulden, daß nicht approbierte Ärzte bei den Krankenkassen zugelassen würden. Vor Anwendung des Kampfesparagrafen (§ 370 der Reichsversicherungsordnung) schreden die Ärzte nicht. Sie seien zum Krieg bis zum äußersten gerüstet.

Nach diesen Darlegungen wird die Arbeiterklasse mit einem Kampf der im Leipziger Verband organisierten Ärzte zum 1. Januar 1914 zu rechnen haben. Es zeigt sich immer deutlicher, daß das Privilegium der Approbation zum Nachteil der Allgemeinheit gemißbraucht wird und daß es in dem leidigen Streit zwischen Leipziger Verband und Krankenkassen kein anderes Mittel als das des Zwanges und der Verstaatlichung gibt, wenn nicht die Gesundheit der Arbeiterklasse untergraben und die Krankenkassen zu Kassen zwecks Aufbesserung der Einnahmen der Ärzte degradiert werden sollen. Wir haben trotzdem zu dem

verständigen Teil der Ärzte das Vertrauen, daß er den Schreibern im Kampfe nicht folgen wird.

Bei dem Verhältnis zu den Berufsvereinigungen scheint endlich die Einsicht sich durchzusetzen zu haben, daß die sogenannten Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen das Vertrauen zu den Ärzten ebenso untergraben wie die unter Führung des Leipziger Verbandes und Dr. Rudgans unternommene Hege gegen die Krankenkassen. Vielleicht hat diese Einsicht mitgewirkt, sicherlich noch mehr das sekundäre Interesse der Ärzte, sich endlich freie Arztwahl für Unfallverletzte anzubahnen. In einer Entschlüsselung heißt es:

Jedem Unfallverletzten steht die Wahl des behandelnden Arztes frei, soweit nicht gesetzliche Beschränkungen bestehen (§§ 308 und 309 der Reichsversicherungsordnung). Die unbegründete, insbesondere die allgemeine Zuneigung aller Unfallkranken oder bestimmter Gruppen an bestimmte Ärzte begn. Spezialärzte stellt ebenso wie die unbegründete Einweisung in bestimmte Heilanstalten, Unfallkrankenheuser und dergl. eine unstatthafte Beschränkung ärztlicher Berufstätigkeit und eine schwere wirtschaftliche und ethische Schädigung des Arztstandes dar. Erscheint eine solche Ueberweisung im Interesse der Heilung des Kranken der Berufsvereinigungen notwendig, soll sie nach Möglichkeit mit Zustimmung des behandelnden Arztes erfolgen, in keinem Fall aber, ohne daß diesem eine kurze Mitteilung mit Angabe der Gründe gemacht worden ist.

Die Vertrauensärzte bei der Reichsversicherungsanstalt endlich werden aufgefordert, ihre Stellung zu kündigen, um bessere Verhältnisse bei der Begutachtung von Gutachten für die Reichsversicherungsanstalt durchzuführen.

Beschränken sich die nach einem Kongreßbeschlusse eingeleiteten Verhandlungen der Ärzte mit den Berufsvereinigungen und der Versicherungsanstalt auf die sekundären Interessen der Ärzte, so haben sie für die Arbeiterklasse wenig Interesse. Anders, wenn die Verhandlungen darauf abzielen sollen, zur Ermittlung der Wahrheit in den zu begutachtenden Fällen beizutragen. Dann könnten die Ärzte darauf rechnen, daß die Arbeiterklasse Arm in Arm mit ihnen kämpfen würde.

Verbandstag der Töpfer.

Leipzig, den 5. Juli.

In der Debatte über die Fliesenfrage kamen heute nur noch zwei Redner zum Wort. Dann fand eine Resolution Annahme, die den Zentralvorstand beauftragt, bei der Generalkommission und — wenn dort den Töpfern nicht ihr Recht wird — beim Gewerkschaftskongreß Protest einzulegen gegen das Verfahren in Bauarbeiterkreisen, die Töpfer zum Anschluß an den Bauarbeiterverband zu zwingen, falls sie fliehen ansetzen. Ein weiterer Antrag auf Gründung von Fliesenlegersektionen wurde gegen 3 Stimmen angenommen, ein erneuter Vorstoß der Opposition, die Grenzseitigkeiten in der Fliesenfrage durch Angliederung der Ofenseher an den Bauarbeiterverband aus der Welt zu schaffen, in namentlicher Abstimmung mit 56 gegen 10 Stimmen zurückgewiesen.

Die Frage der Reichstaxi und der damit verbundenen einheitlichen Tarifabläufe soll der nächsten Generalversammlung behandelt und schon vorher diese Frage im Fachorgan diskutiert werden. Als Delegierte zum im August stattfindenden Bauarbeiterkongreß werden der Vorsitzende, der Redakteur und 7 Delegierte gewählt.

Aus der nun folgenden

Statutenberatung

wäre als wichtigster Beschluß die Erhöhung der Streikunterstützung zu erwähen, die in jeder Stufe um 2 M. wöchentlich erhöht wird. Bei der Beratung der Gasse wird beschlossen, die Verwaltung des zweiten Gaues (Brandenburg ohne Groß-Berlin, Pommern und Mecklenburg) dem Zentralvorstand zu überweisen und diesen für die vermehrte Arbeit eine hängige Bureauhilfe zu überweisen. Weiter wird beschlossen, einen Ausschuß als Schlichtungsinstitut bei Streitigkeiten zwischen Zentralvorstand und Filialen einzusetzen. Das neue Statut soll am 1. Oktober 1913 in Kraft treten.

Es folgen Wahlen. Zum internationalen Kongreß in Wien wird Drunsel delegiert. Die Wahl von 4 Gewerkschaftskongreßdelegierten fällt auf Drunsel, Berlin, Schmitz, Berlin, Segawe, Berlin und Vitzholz, Hamburg. Die Verbandsbeamten und der Redakteur werden wiedergewählt, desgleichen die Banleiter. Als Vorort des neuangelegten Ausschusses wird Dresden-Reichen bestimmt, als Ausschussvorsitzender John Reichen gewählt. Die Festsetzung des Tagungsortes der nächsten Generalversammlung wird, falls damit die Tagungen der Glas- und Porzellanarbeiterverbände verknüpft werden, dem Vorstand überlassen, im anderen Falle soll in Halle a. S. getagt werden.

Nach Abschiedsworten der ausländischen Delegierten und nach einem anfeuernden Schlusswort des Verbandsvorsitzenden wird dann die Generalversammlung mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf das Weitergehen der Organisation geschlossen.

14. Generalversammlung des Verbandes der Maler und Weißbinder.

Sechster Verhandlungstag.

Halle, den 5. Juli 1913.

Die Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der Beamten nimmt auch heute noch einen breiten Raum in der Diskussion ein, die gestern abend begonnen wurde.

In namentlicher Abstimmung wird die Gehaltsregelung nach dem Vorschlage der Kommission mit 77 gegen 20 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommen. Danach bewegt sich das Einkommen des 1. Vorsitzenden, 1. Kassierers und des Redakteurs zwischen 2800 bis 3400 M., der übrigen Vorstandsmitglieder im Hauptbureau 2600 bis 3200 M., der Bezirksleiter 2400 bis 3000 M., der ständigen Hilfsarbeiter 2200 bis 2800 M., der Angestellten in den Filialen 2200 bis 2800 M. Es wird jedoch den Filialen freigestellt, das Gehalt der Filialbeamten bis zu der Einkommensgrenze der Bezirksleiter in die Höhe zu setzen.

Der neugeschaffene Beirat soll von den Mitgliedschaften der folgenden Städte gewählt werden: Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg (Erfahmann aus Kiel), Düsseldorf (Erfahmann aus Dortmund), Dresden, Karlsruhe und Nürnberg.

Für den Bauarbeiterkongreß sollen die Delegierten in den Mitgliedschaften gewählt werden; außerdem sollen Vorstand, Redaktion und Ausschuß auf dem Kongreß vertreten sein.

Dem Obmann des Ausschusses wird als Entschädigung für seine Tätigkeit während der verfloßenen zweijährigen Periode der Betrag von 300 M. gewährt.

Sodann werden Vorstand, Redakteur und Ausschuß-Obmann, sowie sämtliche Bezirksleiter wiedergewählt. Für den neugeschaffenen zweiten Sekretärsposten wird Velle-Stuttgart gewählt. Der Posten soll am 1. Oktober 1913 angetreten werden.

Ueber die internationalen Beziehungen berichtet Tobler-Hamburg. Er verweist darauf, daß die ausländischen Bruderorganisationen rüftig vorwärts schreiten und daß mit allen die besten Beziehungen bestehen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Tobler-Hamburg schließt die Generalversammlung mit anfeuernden Worten und der Auforderung, die gefaßten Beschlüsse zum Segen der Organisation zur Ausführung zu bringen.



Gewerkschaftliches.

Zu den Organisationsverhältnissen im Berliner Gastwirtsgewerbe.

Am Donnerstag, den 3. Juli, tagte eine außerordentliche Mitglieder-Generalversammlung der Ortsverwaltung I des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, in welcher Genosse Körten Bericht erstattete über die Einigungsverhandlungen zur Beseitigung der Differenzen innerhalb der Verwaltungsstelle.

Nach ausgiebiger Diskussion gelangte eine Resolution zu. Annahme, welche besagt, daß die Generalversammlung die unter Mitwirkung der General- und Gewerkschaftskommission vereinbarten Einigungsvorschläge für alle Mitglieder als verbindlich anerkennt und daß man in Zukunft alles unterlassen werde, was den Frieden und die ruhige Weiterentwicklung der Verwaltungsstelle stören könnte.

Neuerdings versuchen nun die früheren Verbandsmitglieder N. Behr und G. Hohenstein Stimmung für eine öffentliche Versammlung zu machen, welche am 8. d. M. stattfinden soll.

Die Unterzeichneten erwarten von allen Mitgliedern des Verbandes, daß diese sich mit Rücksicht auf die am Donnerstag gefaßten Beschlüsse an dieser Versammlung nicht beteiligen.

Diesem, die es dennoch tun, müssen es sich gefallen lassen, als solche betrachtet zu werden, die ehrlich den Frieden nicht wollen. Die Versammlung und deren Besuch widerspricht den am 3. Juli angenommenen Einigungsvorschlägen. Wir ersuchen die Vertrauensmänner, die im Betriebe tätigen Kollegen von Vorstehendem in Kenntnis zu setzen.

Berlin, den 7. Juli 1913.

Für die Generalkommission: Legien.

Für die Gewerkschaftskommission: Körten.

Für die Hauptverwaltung des Verbandes der Gastwirtsgehilfen: Zeiske.

Für den Vorstand der Verwaltungsstelle I: Sohn.

Berlin und Umgegend.

Deutscher Buchbinder-Verband (Zentrale Berlin). Bei der Abstimmung am Sonnabend, den 5. Juli 1913 wurden insgesamt 1588 Stimmzettel abgegeben. Als Vertreter zum Verbandsvorstand wurden gewählt die Kollegen: O. Wienke (1152 Stimmen), E. Brückner (1120), L. Zimmernann (1032), Kollegin Arzmin (662), P. Schade (624) und C. Teufel (763). Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen: Freudenreich (628), Schönfelder (1215), C. Röll (1075) und Lohr (1069). Die Ortsverwaltung.

Im Hoppoldt-Auschnitt, Hasenheide 32/38, dauert der Streik fort. Seitens der Betriebsleitung gibt man sich alle erdenkliche Mühe, den Streik der Berliner als unredigiert bzw. gar nicht vorliegend hinzustellen. Man vergißt dabei ganz und gar, daß es ja der Betriebsleitung außer der Lohnherabsetzung vor allem darum zu tun ist, wieder die bereits abgeschafften Hausdienstarbeiten einzuführen. Dazu kommt, daß das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts sich ebenfalls mit den Arbeitsbedingungen im Hoppoldt-Auschnitt beschäftigt hat und diese in all ihren Punkten anlässlich einer Differenz mit Herrn Jabel festlegte.

Wenn behauptet wird, die Brauereidirektion hätte mit dem Engagement des Personals nichts zu tun, so sei darauf hingewiesen, daß es die Brauereidirektion in Person des Kommerzienrats Hoppoldt war, welche bei den ersten Differenzen sofort eingriff und den Verhandlungen über die Arbeitsverhältnisse des Personals von Anfang bis Ende betwohnte.

Daß die Brauereidirektion ihr Einverständnis zu dem bestehenden Streik gegeben hat, geht wohl auch aus einer Keuherung des neuen Oelomons Herrn Probiowski hervor. W. äußerte beim Beginn der Differenzen zu einem Interessenten, als er über die Sachlage befragt wurde: „Ich möchte gern alles vermeiden, aber mit sind ja die Hände gebunden.“ Auf einige Vorbehalte, die ebenfalls beweisen, daß die Direktion der Brauerei hier ihre Hand in die Spiele hat, kommen wir noch zurück. Aus-

drücklich sei darauf hingewiesen, daß der Hoppoldt-Betrieb für alle organisierten Gehilfen gesperrt ist.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ausführer, Arbeiter und Stalente aus den Bau-, Arbeits- und Möbelfabrikbetrieben sowie Gips- und Zementlagern Groß-Berlins hatten laut Tarif am 1. Juli eine Zulage von 1 M. pro Woche zu verlangen. Eine Versammlung derselben im Gewerkschaftshause nahm nach dem Bericht des Branchenleiters Otto Franke folgenden Beschluß an: Laut Tarif, abgeschlossen 1912, haben die Kollegen ab 1. Juli 1913 die Zulage zu beanspruchen. In Betrieben, wo dieselbe nicht gewährt wird, haben zunächst die Vertrauensmänner vorstellig zu werden. Sollte der Unternehmer sich weigern, die Zulage zu gewähren und der tarifliche Vereinbarung nicht nachkommen, so ist umgehend der Organisation davon Mitteilung zu machen. Es wird dann von Seiten der Organisationsleitung ein letzter Versuch unternommen werden, um den Unternehmer an sein gegebenes Wort zu erinnern. Ferner wird es den Kollegen zur Pflicht gemacht, nicht eigenmächtig zu handeln, sondern abzuwarten, bis die Branchenleitung weitere Maßnahmen trifft. Ebenfalls dürfen keine besonderen Vereinbarungen, die dem Tarif widersprechen, mit den Unternehmern getroffen werden.

Deutsches Reich.

Zur Bewegung der Arbeiter auf den Seeschiffswerften.

Am Freitag, den 4. Juli, fanden auf Einladung der einzelnen Untergruppen des Unternehmerverbandes der Seeschiffswerften zwischen Vertretern der Werksbesitzer und Vertretern der Arbeiter von den Werften der Unterweser, der Elbe und des westlichen Ostseegebietes unter Hinzuziehung einiger Vertreter der örtlichen Organisationsleitungen in Hamburg Verhandlungen statt. Die Verhandlungen konnten ihrem ganzen Charakter nach nur eine allgemeine Besprechung der zu behandelnden Angelegenheit sein. Irgendwelche Beschlüsse über die Forderungen der Arbeiter wurden noch nicht gefaßt. Es wäre also auch eigentlich nichts zu berichten. In der bürgerlichen Presse erscheinen aber trotzdem schon Berichte über die Verhandlungen. Diese Berichte enthalten in der Hauptsache Unwahrheiten. Bei der Besprechung am Freitag haben die Vertreter der Werksbesitzer die Forderungen der Arbeiter als zu weitgehend bezeichnet, aber man hat am Schluß der mehrere Stunden dauernden Besprechung vereinbart, daß am Dienstag, den 8. d. M., die Vertreter der Unterhandelsnieder wieder zusammenzutreten unter Hinzuziehung noch einiger Arbeitervertreter von der Unterweser. Diese Verhandlung wird sich wiederum mit den allgemeinen Fragen, die alle Werften betreffen, beschäftigen. Dann ist in Aussicht genommen, am nächsten Tage mit der Beratung der örtlichen Angelegenheiten zu beginnen. In welcher Form diese Verhandlungen stattfinden werden, das wird erst die weitere Beratung ergeben. Wie schon erwähnt, finden diese Verhandlungen nur für die Werften, die in den oben bezeichneten Gebieten liegen, statt. Für die Werften an der Oder sind ebenfalls Verhandlungen angesetzt und zwar ist als vorläufiger Termin der 11. Juli in Aussicht genommen. Der Verhandlungsort ist Stettin. Da einzelne Teilnehmer der Hamburger Verhandlungen auch in Stettin anwesend sein sollen, wird der Verhandlungstermin je nach dem Fortgang der Hamburger Verhandlungen eventuell geändert werden.

Am Sonntag, den 6. Juli, tagte in Hamburg eine Konferenz der Werftarbeiter. Diese Konferenz war zur Information der Werftarbeiter über den Stand der Bewegung notwendig. Eine Stellungnahme zu den Forderungen respektive den Keuherungen, die von den Vertretern der Werksbesitzer über die Forderungen der Arbeiter gemacht worden sind, hat die Konferenz nicht für erforderlich erachtet. Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen bisher noch nicht zu erkennen gegeben, was für Absichten bezüglich etwaiger Zugeständnisse sie hegen. Infolgedessen muß bei den weiteren Verhandlungen erst darüber Klarheit geschaffen werden. Dann erst, wenn die Verhandlungen ein bestimmtes Ergebnis gebracht haben, wird eine weitere Konferenz Beschlüsse fassen.

Achtung! Prägerarbeiter und Arbeiterinnen. In Dresden und Umgegend haben die Arbeiter der Palastprägereien den bestehenden Tarif gekündigt und einen neuen Entwurf eingereicht. Ein Teil der Prinzipale ist anscheinend nicht geneigt die Forderungen wohlwollend zu berücksichtigen. Bisher Nichtbeantwortung des in der höchsten Form gehaltenen Schreibens der Tarifkommission hat man schon jetzt mit Entlassungen gedroht resp. Kündigungen ausgesprochen, teilweise wird auch der Arbeiterschaft gegenüber eine verlegende Nichtachtung an den Tag gelegt. Es ist anzunehmen, daß größere Differenzen entstehen und die

Unternehmer anderweitig Arbeitskräfte ansetzen werden, deshalb erwarten wir von allen in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen, daß sie auf der Hut sind und vor Arbeitsannahme nach Dresden und Umgegend (Folkewitz-Laubegau) genaue Erkundigungen einziehen beim Deutschen Buchbinderverband, Dresden-A., Kaulbachstraße 16 I.

Streik der Handschuhnäherinnen im Erzgebirge.

In Johanngeorgenstadt beschloffen am Mittwoch in gemeinsamer Abstimmung 400 Handschuhnäherinnen, nachdem die Fabrikanten die Forderungen auf geringe Lohnenerhöhung kurzerhand abgelehnt hatten, einstimmig, in den Streik einzutreten. Inzwischen ist die Zahl der streikenden Näherinnen auf 900 gestiegen und noch im Wachsen begriffen. An einem Tage erfolgten 150 Beitritte zum Lederarbeiterverband und noch fortgesetzt erfolgen Renammeldungen, so daß fast sämtliche Arbeiterinnen dieser Branche organisiert sind. Den wenigen arbeitswilligen Näherinnen suchen die Behörden dadurch Mut zum Streikbruch beizubringen, daß sie den § 158 der Gewerbeordnung im Wortlaut zur öffentlichen Kenntnis bringen. Die Hungerlöhne dieser armen Arbeiterinnen, die seit 20 Jahren keinerlei Aufbesserung erfahren haben, ja sogar noch reduziert worden sind, sollten die Behörden wahrlich veranlassen, ihren Anteil nach einer anderen Seite hin zu belagern. Die Stimmung unter den streikenden Näherinnen ist die denkbar beste, ihre Haltung ausgezeichnet. Der Streik greift auch auf das angrenzende böhmische Gebiet über. Die arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck gebeten.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter

hält in diesen Tagen in Kachen seine Generalversammlung ab. In einer Bekanntmachung des Vorstandes im „Vergnappen“ über die Bedingungen, unter denen die Vertreter der Presse Zutritt zu den Verhandlungen haben sollten — sie mußten die Organe angeben, für die sie berichten wollten —, war nur von bürgerlichen Blättern die Rede. Auf die Anfrage eines parteigenössischen Journalisten wurde diesem der Bescheid, daß die sozialdemokratische Presse grundsätzlich ausgeschlossen sei. Die versprochene schriftliche Bescheiderteilung hat man für gut gehalten, zu unterlassen. Uebrigens hat man die Vertreter des Bergarbeiterverbandes schon seit Jahren vom Zutritt zu den Generalversammlungen ausgeschlossen. Ein Gebaren, das nicht nur kindisch ist, sondern das auch von einem schlechten Gewissen zeugt. Dem Bergarbeiterverband gegenüber bedeutet dieses Verhalten überdies eine besondere Mißbilligung, da umgekehrt die christlichen Bergarbeiter erst noch in diesem Jahre auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Hannover das ihnen gewährte Gastrecht in den für die höchsten Kreise mißbraucht haben.

Aus dem Geschäftsbericht des christlichen Verbandes ist in erster Linie die Tatsache hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl von 84321, die für 1911 angegeben wird, auf 77067 im Jahre 1912 zurückgegangen ist. In Wirklichkeit ist der Verlust — selbst nach den jetzt möglichst günstig dargestellten Zahlen des Verbandes — noch viel größer, denn der Bericht führt an, daß im Jahre 1912 18 000 Neuaufnahmen gemacht worden seien. Und trotzdem der Schlußeffekt am Ende des Jahres 1912 ein Rückgang der Mitgliederzahl um 6354 in einem Jahre! Das wäre also ein Gesamtverlust von 24 354 Mitgliedern!

Eine drastische Quittung über den Verrat der Streikbrüchigen. Das will man natürlich nicht wahr haben. So hilft man sich über die Ursachen dieses Verlustes in dem Bericht wie folgt hinweg:

„Sehr schädigend wirkte die nach dem Streik einsetzende Unzufriedenheit und Gewerkschaftsmüdigkeit. Wie immer nach verlorenen Bewegungen machte sich auch hier die bezeichnende Stimmung geltend und verhinderte für einige Zeit jeden Fortschritt. Um so mehr konnte das geschehen, als nach dem Streik auf den Gruben des Ruhrgebietes mit Hochdruck die gelben Gewerkschaften gefördert wurden. Mancher Unorganisierte und auch einzelne verärgerte oder nicht auf ihre Rechnung gekommene Organisierte wurden für die Gelben gewonnen. Eifrig wurde sodann von den Förderern der Gelben unsere Bewegung verdächtigt und nach Möglichkeit zu schädigen gesucht.“

In Verbindung damit wird auch der sogenannte Gewerkschaftsstreik und die sich anschließende schädigende konfessionelle Hetze besprochen. Es heißt dort u. a.:

„In der zweiten Hälfte des Jahres 1911 und den ersten Monaten 1912 hatten wir infolge der Gesamtlage im Ruhrgebiet mehr als früher Eingang in den evangelischen Kreisen gefunden, die uns früher mißtrauisch und ablehnend gegenüberstanden.“

Kleines feuilleton.

Was Brindejone von seinem Fluge erzählt. Im „Matin“ veröffentlicht Brindejone, der von seiner Rekordflugsfahrt durch Europa glücklich nach Paris zurückgekehrt ist, „Eindrücke eines Reisenden“, in denen er allerlei von seinem fähigen Unternehmen berichtet. Mit bescheidenem Stolz stellt er das Resultat seiner Reise voraus: „Die Fortschritte sind in der Flugkunst in letzter Zeit beachtlich gewesen, daß ich mit einem einzigen Apparat, einem einzigen Motor und einem einzigen Wesenheit, landend ganz gleich wo, wieder aufsteigen, in den verschiedensten Gegenden mit einziger Unterstützung von Leuten, die niemals in ihrem Leben eine Flugmaschine gesehen hatten, den Rundflug von 5000 Kilometern, den ich mir vorgenommen hatte, beinahe mit der Pünktlichkeit eines Kurzbuches, habe zu gutem Ende führen können.“

Brindejone, so zufrieden er mit seinem Apparat ist, will doch nicht sagen, daß alles bereits vollkommen sei. Die Flugmaschine mühte beim Landen auf eine viel geringere Schnelligkeit eingestellt werden können, etwa auf 25 oder 30 Kilometer in der Stunde, während seine geringste Schnelligkeit 82 Kilometer in der Stunde beträgt. Wenn würde die Landung viel einfacher und bequemer auszuführen sein. Eine wertvolle Hilfe für den Flieger wäre die automatische Abfahrt des Motors, denn meist hatte er seine geübten Leute zur Verfügung, sondern mühte sich auf Personen verlassen, die beim Drehen der Schraube entsetzt flüchteten. „Eine gute Karte von 1 : 200 000 und ein Kompaß genügen, um ans Ziel zu gelangen. Man muß sich aber deshalb noch nicht in Sicherheit glauben, weil die Karte vorzüglich ist und der Kompaß nach Wunsch funktioniert. Eigentlich weiß man nie, wo man ist, und am häufigsten verbringt man seine Zeit damit, den richtigen Weg zu verlieren und ihn wiederzufinden, da sich immer wieder Wolken zwischen den Flieger und den Boden schieben. Es ist mir mehrere Male passiert, daß ich ohne Ausbreitung eine Stunde, zwei Stunden, ja sogar drei Stunden über einem Meer von Wolken schwebte, ohne das geringste Stückchen Erde zu sehen. Ich würde einem Anfänger nicht raten, es ebenso zu machen. Während der Etappe von Hamburg nach dem Haag habe ich nicht gewußt, wo ich bin, bis ich an den Iuderesee gelangte. Aber man kann sich auch bei klarem Wetter verirren. Es wäre deshalb von Nutzen, wenn der Flieger, von Zeit zu Zeit sich dem Boden nähernd, ganz deutlich auf einem Dach den Namen einer Stadt oder einer wichtigen Eisenbahnstation lesen könnte. ... Beim Fliegen muß man in ernsthaften Fällen sehr rasche Entschlüsse fassen. Deshalb ist eine sportliche Agonie notwendig. Die Muskeln fühlen, um nicht unter physischen Anstrengungen zu leiden, das Nervensystem allmählich an immer schwierigeren Positionen gewöhnen — das ist, glaube ich, das Geheimnis jener Eigenschaften, die ein guter Flieger besitzen muß.“

Unterricht im Sozialismus. Die Redaktion des „Intercollegiale Socialis“, des Organs des Verbandes der akademischen sozialisti-

schen Gruppen, hat die Professoren der Pädagogik aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob sie die Kenntnis der Grundlehren des Sozialismus als notwendigen Bestandteil des Universitätsunterrichts anerkennen. Der Nationalökonom V. Léard von der Universität Columbia hat darauf geantwortet: „Ich würde gern den gewünschten Artikel schreiben, könnte ich meine zustimmende Antwort in einigen hundert Worten ausdrücken. In einer Zeit, da nach der Meinung aller der Sozialismus in der ganzen Welt die alten politischen Einrichtungen erschüttert und Wissenschaft, Kunst und Literatur durchdringt, wäre es überflüssig, erst zu beweisen, daß studierende junge Leute sich für eine solche Bewegung interessieren müssen. Ich kann den geistigen Horizont jemandes, der das bestritten wollte, nicht verstehen und verzichte auf den nutzlosen Versuch, seine Meinung ändern zu wollen.“

Was würde der Mann erst von dem Geisteszustande von Staatsbehörden und Universitätslehrern sagen, die jeden Versuch solcher Belehrung Studierender mit Entfernung vom akademischen Lehramt und selbst vom Studium bestrafen, ja Sozialisten selbst zur Vertretung völlig neutraler Lehrfächer nicht qualifiziert erachten!

Einen Erfolg sozialistischer Schulpolitik stellen auch die letzten Schulratswahlen im Staate Washington dar. Es wurden eine große Zahl sozialistischer Schulbehörden gewählt. Die Bewerber hatten als ihr Programm u. a. auch die Aufnahme der Grundzüge des Sozialismus in das Unterrichtsprogramm der Schulen erklärt und suchen nun durch eine eigens gebildete Stellenvermittlung sozialistische Lehrer aus allen Teilen der Union.

Island als Wettermacher Mitteleuropas. Auf Grund mehrjähriger Beobachtungen der Wetterkarte, die sich hauptsächlich auf die beiden Stationen der Insel Island, Reykjavik und Scaðiastjórd richteten, teilt Rudolf Fischer in der „Landsman“ einige Erfahrungen mit, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eine Prognose für unser Wetter aus der Witterungslage auf dieser Insel folgern lassen. Wenn im Sommer die Temperatur auf Island morgens um 8 Uhr mehrere Tage lang auf etwa 14 Grad Celsius und noch höher steigt, dann tritt für Mitteleuropa eine Hitzeperiode ein. Das hat sich besonders charakteristisch im Sommer 1911 gezeigt, in dem wir ja große Hitzeperioden erlebt haben. Dieses warme Wetter pflegt beständig zu sein, wenn sich die Morgentemperaturen auf Island längere Zeit zwischen 8 und 10 Grad und noch höher bewegen. Falls dagegen die Temperatur wieder rasch und bleibt nur halb so hoch, also um 4 Grad, so ist die Hitze nur von kurzer Dauer. In derselben Weise machen sich auch die Kälteperioden bei uns zuerst auf dieser nördlichen Insel bemerkbar. Wenn die Temperatur auf Island tagslang auf 1 bis 6 Grad und noch tiefer sinkt, dann tritt einige Tage später in Mitteleuropa eine Kälteperiode ein; sie hält sich nur länger, wenn die Temperatur auf der Insel in die Höhe geht und zwischen 6 und 8 Grad oder noch höher bleibt. Hält sich die Temperatur auf Island um 0 Grad, dann dauert die Kälte bei uns nur kurze Zeit. Der Winter ist stets gelinde, wenn die Temperatur auf Island wochenlang zwischen -2 Grad und +2 Grad schwankt. Im Frühjahr und Herbst sind

anhaltende schöne Perioden durch höhere Temperaturen auf Island, 6 bis 8 Grad und mehr um 8 Uhr morgens, und kühle berechnete Frühjahre und Herbst durch niedrige Temperaturen um 0 Grad gekennzeichnet.

Notizen.

Der Auszug der Sezession. Die jetzige Sezession, die aus der siegreichen Minorität gebildet wird, hat den Vertrag mit dem Ausstellungshause am Kurfürstendamms gelöst. Sie wird nach Schluß der jetzigen Ausstellung (am 20. Juli) dort nicht mehr aufstellen. — Uebrigens soll die reduzierte Sezession starke kapitalistische Kräfte gefunden haben, so daß ihre Weiterexistenz auch ohne den kaffirischen Nährboden gesichert erscheint.

Bühnenchronik. Kammerjäger Kurt Fredrich ist von der Leitung der Schiller-Oper in Schiller-Theater O für einige Gastspiele verpflichtet worden. Er wird u. a. den Belmonte in Mozarts „Entführung aus dem Serail“ und den George Brown in Volleius „Weiße Dame“ singen.

Vom Arbeiter zum Hochschullehrer. Durch die bürgerliche Presse läuft unter dieser Spitzmarke folgende Notiz: Franz Havelka aus Jena arbeitete früher als Lithograph in der Wiedemallagenfabrik in Jena, besuchte später die Kunstgewerbeschule in Warmen und die königliche Akademie in Leipzig, an der er dank verdienstlicher Schriften über Ornamentik und Kunstdruck als Assistent angestellt wurde. Seine hervorragenden Arbeiten auf dem Gebiet des Reproduktionsverfahrens und der Kunstschrift verschafften ihm jetzt einen Ruf als Professor.

Man liest mit Vergnügen die Meldung bis dahin und fragt erstaunt, wo dieser weiße Rabe nun wirt. Mit Erstaunen erfährt man: am Polstechnikum in Tomsk (Sibirien).

Die Oper einer Indianerin. Eine eigenartige Uraufführung hat vor einiger Zeit in Bernal in der Lintha-Reservation im Staate Utah stattgefunden; man brachte eine Oper zur Aufführung, die von einer jungen Indianerin geschaffen wurde und deren Stoff und Handlung dem Leben der Sioux entstammt. Das Werk führt den Titel „Der Sonnentanz“ und die Komposition ist eine junge Sioux-Indianerin, Zitkala Sa. Weißer aus der Umgebung waren die Zuschauer herbeigeführt, auch viele Indianer wohnten der Uraufführung bei. Das Werk soll einen großen Eindruck hinterlassen haben.

Verrücktheiten des Sammelports. Auf der internationalen Briefmarkenausstellung, die zurzeit in Paris stattfindet, sind die meistangestauten Karikaturen die beiden ungebrauchten Mauritiusmarken mit der fehlerhaften Umschrift „Post-office“, die der Sammler Duveen als die „herorragendsten Prachtstücke seiner kostbaren Sammlung“ ausgestellt hat. Die beiden Marken, die einen Nennwert von 8 Pence haben, gelten zurzeit mindestens 100 000 fr. Die beiden feigen Papier gelten also bei den Briefmarkensammlern und „Spekulanten“ so viel, wie 100 fleißige Landarbeiter im Jahre verdienen.

Der Gewerkschaftstreik gab dann trotz seiner auch vom eban- gelischen Standpunkt aus einwandfreien Erhebung manchem Augenwinkeln wieder Veranlassung, uns den Rufen zu folgen.

### Husland.

#### Die Lage im südafrikanischen Randgebiet.

London, 7. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Streik der Goldgräber hat viele Opfer gekostet. Nach den letzten Darstellungen sind am Freitag und Sonnabend bei den Unruhen in Johannesburg 270 Personen getötet und verwundet worden. Am Sonnabend betrug die Zahl der Toten 20. Es ist noch nicht sicher, ob der Streik beendet ist. Die zwischen der Regierung und den leitenden Grubenmagnaten vereinbarten Friedensbedingungen, die von den Streikführern am Sonnabendnachmittag angenommen wurden, scheinen viele nicht zufrieden zu stellen. Nach der Abmachung werden die entlassenen Arbeiter der Kleinschmelzgrube wieder eingestellt. Die Streikenden werden alle wieder eingestellt, wie es die Wiederaufnahme des Betriebes zuläßt, und die Regierung verpflichtet sich, die Klagen der Arbeiter zu untersuchen. Die Streikführer geben sich die größte Mühe, die Massen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Doch die ungeheure Enttäuschung, die das Eingreifen des Militärs hervorgerufen hat, macht ihnen ihre Aufgabe sehr schwer. Die Arbeiter fragen: „Und wie steht's mit unseren Toten?“

Die ersten Nachrichten aus Arbeiterkreisen Südafrikas laufen jetzt ein. Der Vorstand der Maschinenbauer in Johannesburg hat an den Hauptvorstand der Gewerkschaft in London telegraphisch und diesen aufgefordert, eine Versammlung nach Trafalgar square einzuberufen, um gegen die mit kaltem Blute in den Straßen Johannesburgs an den Arbeitern verübten Morde Protest einzulegen.

In Benetaria und Bloemfontein haben große Massenversammlungen stattgefunden, in denen die Reichsregierung aufgefordert wurde, den Generalgouverneur Lord Gladstone abzuberufen, den man für das Bluten der Soldateska verantwortlich macht.

## II. Generalversammlung der Glasarbeiter.

### 6. Verhandlungstag.

Der Verbandstag nahm heute zunächst zu Erklärungen der Töpfer und Porzellanarbeiter zur Verschmelzungsfrage Stellung. Ohne Debatte stimmte der Verbandstag folgendem Vorschlag des Verbandsvorsitzenden Girbig zu:

Der Vorstand wird beauftragt, möglichst bald mit den beiden anderen Organisationen in Verbindung zu treten, um eine Förderung der Verschmelzungsfrage herbeizuführen. Vorläufig soll also der Vorstand die Sache in die Hand nehmen, und bei den Verhandlungen darauf dringen, daß dem Beschluß des Glasarbeiterverbandes Rechnung getragen wird. Halten jedoch die anderen Organisationen die Eingliederung von Kollegen aus dem Lande nicht für notwendig, soll der Vorstand doch in Verhandlungen über einen Zusammenschluß eintreten können.

Die Versammlung hörte hierauf ein Referat des Gauleiters Dozheim über

#### Tarifverträge und Arbeitsnachweise in der Glasindustrie.

Der Redner sagte, wie die Ausbreitung der Tarifidee in den letzten Jahren allgemein und im besonderen auch in der Glasindustrie eine sehr starke war. Die Tarifbewegung marschierte in erfreulicher Weise. In der Glasindustrie bestanden Ende 1912 45 Tarife für 340 Betriebe mit 5352 beschäftigten Personen. Zwanzig Prozent der Betriebskollegen arbeiteten unter einem tariflich geregelten Arbeitsverhältnis. Dozheim schilderte nun die Vorteile der Tarifverträge für die Arbeiter. Auch die so wichtige Arbeitsnachweisfrage könne durch den Tarifvertrag geregelt werden. Die Befürchtung, daß durch die Abschließung von Tarifverträgen der Kampfscharakter der Organisation geschwächt werde, kann Redner nicht teilen. Hinter dem Tarifvertrag müsse eine starke Organisation stehen, die den Unternehmer zwingt, den Tarif auch einzuhalten. Die Tarifgemeinschaft allein genüge nicht. Der Referent verdrückte sich hierauf über die Arbeitsmittlungsfrage. Er hält es für notwendig, daß in allen Fällen ein eigener Arbeitsnachweis errichtet wird. Mitglieder, die diesen Arbeitsnachweis nicht benutzen, sollen ausgeschlossen werden. Die Benutzung des Arbeitsnachweises des Arbeitgeber-Schutzverbandes soll untersagt sein. Doch wo die Möglichkeit dazu bestehe, seien Arbeitsnachweise auf parteilicher Grundlage zu schaffen. Das Endziel soll die Schaffung von Zentralarbeitsnachweisen für die einzelnen Branchen sein.

Der Referent legte eine Entschließung vor, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist und einstimmig Annahme fand. Der Vertreter der Generalkommission verlas hierauf eine lange

#### Erklärung des Genossen Rob. Schmidt

zu den Ausführungen der Generalversammlung über die Behandlung des Arbeiterkampfes in der Glasindustrie im Reichstag. Schmidt erklärt, daß über die Sache in der Generalversammlung eine irrtümliche Vorstellung gegeben worden sei. Was die Tätigkeit der Gratifikation für die Glasmacher betreffe, so dürfe wohl kaum ein Verstoß so wenig Anlaß zur Beschwerde haben, als die Glasarbeiter. Die Forderung der Resolution sei nach Aussprache und in Uebereinstimmung mit Girbig vorgenommen worden. Bei der diesmaligen Tagung des Reichstags sei allerdings kein Vertreter der Gratifikation zum Wort gekommen, weil die Debatte so in die Länge gezogen waren, daß es unmöglich gewesen sei, noch das Wort zu nehmen.

Verbandsvorsitzender Girbig erwiderte unter Zustimmung: Wir müssen zurückweisen, daß wir keinen Anlaß zur Beschwerde hätten. Wir haben der Reichstagsfraktion Material in Gülle und Halle übergeben. Es wurde uns erklärt, daß unsere Forderungen im Reichstag energisch vertreten werden. Und die Folge war, daß kein Abgeordneter der sozialdemokratischen Fraktion gesprochen hat. Wir haben also allen Anlaß zur Beschwerde. Die Forderung der Resolution ist wohl in meinem Einverständnis vorgenommen worden; es wurde mir aber beschönigt, daß die schlechten Verhältnisse bezüglich der Jugendlinge ganz besonders im Reichstage erörtert würden. Das ist nicht geschehen.

Reichstagsabgeordneter Horn vertrat nochmals seinen Standpunkt. Es habe keine berechtigte Veranlassung vorgelegen, die Resolution abzuändern, sie wäre auch in der alten Fassung angenommen worden.

Gauleiter Dirschell-Puth: Schmidt ändert mit seiner Erklärung an unserer Meinung nichts. Wir müssen an unserer Resolution festhalten. (Zustimmung)

Damit war der Zwischenfall erledigt. Der Verbandstag faßte nun Beschluß über die weitere Anstellung von Ortsbeamten.

Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit den betreffenden Zahlstellen in Verbindung zu setzen. Die Anstellung soll in Gemeinschaft mit den Zahlstellen erfolgen; sie gilt nur dann als vollzogen, wenn der Vorstand die Wahl anerkannt. Um die Entschädigung zu ermöglichen, werden allen Zahlstellen 12 Proz. der Gesamtentlohnung zur Verfügung gestellt. Von diesem Prozentsatz haben die Zahlstellen 1/3 zur Befolgung des Angefallenen herzugeben. Neben die Anstellungsbedingungen hat der Vorstand einen Entwurf auszuarbeiten.

Er wurde nun der

#### Bericht der Statutenberatungskommission.

den Grünzel-Berlin gab, entgegengekommen. Die Generalversammlung beschloß nach kurzen Erörterungen im wesentlichen den Vorschlägen der Kommission an. Die wichtigsten Beschlüsse, die Änderungen des Statuts betreffen, sind: Die Beiträge wurden ganz wesentlich erhöht. Bisher betragen die Beiträge bei

einem Jahresverdienst bis 700 M. 40 Pf., von 700 bis 1000 M. 50 Pf. und über 1000 M. 60 Pf. Nun wurden 4 Klassen festgesetzt, und zwar für die jugendlichen und weiblichen Mitglieder eine 25-Pf.-Klasse. Bis zu 10 M. Wochenverdienst soll der Beitrag 25 Pf., von 10 bis 16 M. 40 Pf., über 16 bis 24 M. 60 Pf. und über 24 M. 80 Pf. betragen. Für die beiden obersten Klassen bedeutet dies also eine Erhöhung um 20 Pf. Das Eintrittsgeld wurde für die beiden untersten Klassen auf 50 Pf. festgesetzt.

Die Unterstützungen wurden ebenfalls neu geregelt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde in den obersten Klassen etwas erhöht. Sie beträgt je nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsklasse 3 M. bis 14,40 M. pro Woche. Bei einer Mitgliedschaftsdauer von 53 Wochen wird die Unterstützung 8 Wochen, bei 104 7 Wochen, bei 208 8 Wochen und bei 312 12 Wochen lang gewährt. Feiertage dürfen nicht mehr aufsummiert werden, dafür soll die Unterstützung bei Ausfällen der Feste schon von 10 Werktagen (bisher nach 30 Tagen) gewährt werden. Bei Arbeitslosigkeit der Feiertage in der Christbaum- und Weihnachtszeit wird in der Zeit vom 15. Dezember bis 1. Januar keine Unterstützung gewährt. Diese Zeit wird als regelmäßige „Feiertage“ angesehen. Die Krankenunterstützung fand, um den Vorstellern entgegenzukommen, eine ganz wesentliche Erhöhung für die Mitglieder der beiden obersten Klassen. Sie beträgt bei einem Beitrag von 25 Pf. 1,50 M. pro Woche, bei 40 Pf. 2,50 M., bei 60 Pf. 3,60 M. und bei 80 Pf. 4,80 M. Die Unterstützung wird bei einjähriger Mitgliedschaft auf die Dauer von 5 Wochen, bei zweijähriger 6 Wochen, bei vierjähriger 8 Wochen und bei sechsjähriger Mitgliedschaft 10 Wochen gewährt, und zwar vom 7. Werktag an. Feiertage in der Woche gelten als Werktage. Das Sterbegeld beträgt künftig 10 bis 80 M., je nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsklasse. Beim Tod der Ehefrau der Mitglieder wird die Hälfte der Unterstützung bezahlt. Die Streikunterstützung wurde in der höchsten Klasse etwas erhöht. Sie beträgt bei einer Mitgliedschaftsdauer bis zu 13 Wochen je nach der Beitragsklasse 6 M., 8,70 M., 11,10 M. und 13,50 M. pro Woche, und bei einer Mitgliedschaftsdauer über 13 Wochen 7,20 M., 10,50 M., 14,10 M. und 17,70 M. Die lebigen Kollegen bekommen in allen Klassen 20 Pf. pro Tag weniger. Für die schulpflichtigen Kinder wird 1 M. bis zur Höchstsumme von 5 M. bezahlt. Die ersten vier Tage wird keine Unterstützung gewährt. Ergibt sich bei einem Streik, daß die Fortführung für die Gesamtorganisation schädlich ist, so kann ihn der Vorstand in Gemeinschaft mit der Gauleitung beenden.

Die Bestimmungen über die Generalversammlung wurden dahin abgeändert, daß auf 150-400 Mitglieder (bisher 100-250) ein Delegierter und auf Orte über 400 Mitglieder 2 Delegierte kommen. Mehr wie zwei Delegierte darf keine Zahlstelle wählen.

Als Delegierte für den nächsten internationalen Glasarbeiterkongress wurden die Gauleiter Brize, Dirschell und Dornheim und Reichstagsabgeordneter Horn gewählt.

Das neue Statut tritt am 1. Oktober in Kraft.

Die angestellten Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt; Sekretär Grünzel und der Redakteur Gebel erhalten Stimmrecht im Vorstand.

Der Ausschuß bleibt in Dresden.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung beendet. Der nächste ordentliche Verbandstag findet 1913 statt. Der Ort wurde nicht bestimmt. Sollte wegen der Verschmelzungsfrage ein gemeinschaftlicher Verbandstag stattfinden, so soll Berlin der Tagungsort sein.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Millionenchwindler.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I begann gestern die Verhandlung gegen den als „Millionenschwindler“ bezeichneten Kaufmann Anton Roggen aus Riem und dessen angebliche Helfer, den Kaufmann Josef Jacobowitz und den Kaufmann Markus Gethorn. Sie sind des gemeinsamen Betruges in großem Umfange beschuldigt. Unter den vorgelesenen circa 40 Zeugen befindet sich auch die 29 Jahre alte Ehefrau des Angeklagten. Die Anklage hat feinerzeit, als sie von den Betrügereien ihres Mannes erfuhr, einen Selbstmordversuch gemacht, indem sie sich eine Angel in die Schläfe jagte. Sie ist am Leben geblieben, hat aber leider das Augenlicht verloren, so daß sie durch eine Führerin in den Saal geleitet werden mußte. Sie konnte bald wieder entlassen werden, da sie von ihrem Mann, ihr Zeugnis zu verweigern, Gebrauch machte.

Roggen macht auf die Fragen des Vorsitzenden bezüglich seiner persönlichen Verhältnisse folgende Angaben: Er ist im Jahre 1868 in Riem geboren und befindet sich seit dem 18. Juli 1912 in Haft. Bezüglich seiner Religion gibt er an, daß er Katholik sei. Es ist dies eine jüdische Sekte, die sich abgewendet hat von den rabbinischen Uebereinstimmungen und vom Talmud und bestritt, dem alten Testament in seiner reinen Gestalt nachzuleben. Er beizureiten, wegen Wechselfälschung vorbestraft zu sein. Er sei feinerzeit in die Hände eines Pressers gekommen, sei aber freigesprochen und der Presser sei zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Staatsanwalt erklärt hierzu, daß der Angeklagte wegen Wechselfälschung nach Ausland ausgeliefert werden soll.

Der Angeklagte Roggen entstammt einer sehr angesehenen russischen Kaufmannsfamilie in Riem. Sein Vater, Moses Roggen, war der Inhaber der in Rußland sehr bekannten Zigarettenfabrik „Gebrüder Roggen“ in Riem. Sein Onkel Salomon Roggen, der früher Mitinhaber der Firma war, gründete dann eine eigene Fabrik, die ebenfalls zu hoher Blüte gelangte. Als sein Vater starb, hinterließ er ein Vermögen von 1 1/2 Millionen Rubel, welches an den Angeklagten, seine beiden Brüder Abraham und Jaak und an seine drei Schwestern fiel. Roggen, der das Gymnasium besucht und zwei Jahre Medizin studiert hat, machte schon als junger Mensch große Schulden. Er unternahm alle möglichen Gründungen, die Hunderttausende verschlangen. So gründete er eine Zeitung „Wohlfühlen“, die er selbst zwei Jahre redigierte. Eine weitere Gründung des Angeklagten war ein „Handelsmuseum“ in Riem, vor welchem feinerzeit der deutsche Konsul in Riem in Rußland und in Doultsland öffentliche Warnungen ertieß. Wie die Anklage behauptet, soll Roggen im Jahre 1907 unter Hinterlassung einer Schuldanlast von mehreren Hunderttausend Rubeln aus Riem geflüchtet sein. Der Angeklagte behauptet, daß er in dem Kontratsverfahren 70 Proz. an seine Gläubiger gezahlt habe, während der Rest von seiner Mutter gezahlt worden sei. Nach London sei er gegangen, weil sein Vater sich der Verheiratung mit seiner jetzigen Frau widersetzt hatte. Sein Vater wollte, daß er eine Kardinien heiratete, er habe jedoch seine aus Frankfurt a. M. stammende evangelische Frau geheiratet. Nachdem er aus London zurückgekehrt war, gründete er im Jahre 1900 ohne jegliche Vermittlung in dem Hause Nassauische Straße 53 in Wilmersdorf unter der Firma „Erlite russische Zigaretten- und Lohfabrik Roggen-Riem“ ein Geschäft, welches er, wie der Vorsitzende ihm vorhält, mit ganzen 2500 Zigaretten, die ihm seine Mutter geschenkt hatte, begonnen haben soll. Bald darauf folgte die Gründung eines zweiten Geschäfts im Hause Potsdamer Straße 68, welches einer Frau Thiem gehört, die in diesem Prozeß eine große Rolle spielt. Ferner wurde als Bilanzleistung der neuen Firma in der Friedrichstraße 64 ein Geschäft eröffnet, welches alles bisher Dagewesene überbieten sollte. Die Eröffnung des prunkvoller Geschäftslotals erfolgte am 22. September 1911. Die Riete betrug 33 000 M., das Geschäft hatte einen Raucherlokal, ein Schreibzimmer, Telefongimmer usw., ferner wurden zwei Buchhalter, Kassenhelfer, ein Bode, eine Korrespondentin, Kassiererin, Telefonistin usw. engagiert. Auf eine Frage des Vorsitzenden, welche Vermittler er denn bei der Gründung dieser Geschäfte befehlen habe, erklärte der Angeklagte: „War keiner!“ Auf den Hinweis des Vorsitzenden, daß es doch eigentlich unzweifelhaft sei, daß ein völlig mittelalter Mensch Geschäfte derartigen Umfanges gründe, erklärte der Angeklagte, daß er von der Frau Thiem ohne weiteres Geld erhalten habe. — Zu jener Zeit hatte der Angeklagte nicht nur kein Vermögen, sondern ganz erhebliche Schulden. Nach seiner eigenen Angabe dem Bücherrevisor Spuhl gegenüber hatte er 120 000 M. Schulden, nach der Feststellung des Bücherrevisors sogar über 200 000 M. Trotzdem eröffnete er neben den erwähnten Geschäften noch Filialen in der Leipziger Straße 119/120, Potsdamer Straße 25, Joachimsthaler Straße 3, Stübchenstraße, Grünwaldstraße, Stuttgarter Straße und in der Hauptstraße in Schöneberg.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er den verschiedenen Leuten, von denen er riesige Summen entnommen, vorgespiegelt habe, er sei der Erbe seines reichen Vaters und ebenfalls reichem Anteil und habe nach Millionen zu erwarten, während er tatsächlich erbtet war und der Vater und der Onkel dies ausdrücklich in ihren Testamenten festgesetzt hatten, weil der Angeklagte schon alles was ihn hätte zuzufallen können weg hatte. Testamentarisch ist die Mutter nur verpflichtet worden, dem Angeklagten gelegentliche Unterstutzungen zu gewähren, bis zu 1200 Rubel jährlich. Der Angeklagte behauptet, daß dieses Testament nur zum Schein so abgefaßt worden sei; tatsächlich sollten alle drei Söhne mit gleichen Rechten beteiligt werden. Weiter hält ihm der Vorsitzende vor, daß er den Leuten vorgespiegelt habe, daß 1 1/2 Millionen ausgezahlt zu erhalten. Der Angeklagte behauptet, daß seine Mutter ihm versprochen hatte, ihm 100 000 Rubel in Aktien zu überlassen, so daß er instande gewesen wäre, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Neben den Ausfall der auf mehrere Tage berechneten Verhandlungen werden wir berichten.

## Aus aller Welt.

### Ein Streikbrechervermittler als Mörder.

In der Nacht zum Sonntag erwürgte ein gewisser Artur Mann in einer Backanlage zu Essen seine Braut. Mann ist gelernter Elektrotechniker, welchen Beruf er seit Jahren mit dem traurigen Gewerbe der Streikbrechervermittlung verpaßt hat; seitdem nennt er sich Kaufmann. Der Mörder wurde verhaftet. Er will die Tat aus Eifersucht verübt haben. Das Verhältnis mit seiner Braut bestand bereits sieben Jahre. Seit zwei Jahren war er mit dem Mädchen, einer Modistin, verlobt. Der Mörder scheint das Mädchen völlig in seiner Gewalt gehabt zu haben. Zwischen beiden soll bereits seit anderthalb Jahren ein gespanntes Verhältnis bestanden haben, weil das Mädchen in einer Untersuchungssache gegen ihren Bräutigam eine Auslage gemacht, die eine mehrmonatige Untersuchung gegen Mann zur Folge gehabt hat. Als das Mädchen sich deshalb auf Veranlassung ihrer Eltern von ihrem Bräutigam löste, wurde sie von diesem auf Schritt und Tritt verfolgt. In einem Hotel, wo der Mörder am Montage ein Zimmer für sich und seine Braut bestellt hatte, zu dessen Benutzung es aber nicht mehr kam, wurden unter dem Bett zwei Gläser mit Gift und auf dem Nachttisch ein geladener Revolver gefunden.

### Eine geborstene Ordnungsbüchse.

Herr Robert Mey Bedert war ein moderer Sozialist. Er war in dem Dorfe Herbersdorf bei Chemnitz Gemeindevorstand. Dieser Vorort wurde zur Großstadt erschlossen und sehr rasch wurde der Gemeindevorstand, der sich als echt nationaler Held im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterchaft gemiß die Sporen verdient hatte, nicht „mitübernommen“, wie der Sachverständige lautet. Man munkelte allerlei. Herr Bedert öffnete den Mund weit und begann selbst die Sozialdemokraten des Ortes mobil zu machen (d. h. er versuchte es und nicht ab), um seine Anstellung als städtischer Beamter durchzubrüden. Das ist nun einige Jahre her. Bedert wurde zunächst verhaftet und betriebs Unterstellungen in großem Maß. Urteil: 4 Monate Gefängnis. Dann betrieb er ein Darlehnschwindergeschäft. Er wurde ebenfalls festgenommen. Die Anklage beschuldigte ihn, daß er seit Mitte des Jahres 1911 bis November 1912 Guthäufige, die sich auf Grund von Inseraten um Darlehen oder Hypotheken an ihn wandten, um etwa 3200 M. betrogen hat. Aus der Verhandlung vor dem Chemnitzer Landgericht ist hervorzugehen, daß es sich um nicht weniger als 293 Fälle von versuchten und vollendeten Darlehnschwindelarten handelte. Von ihm oder durch seine Vermittlung hat nicht ein einziger Darlehnsucher Geld erhalten. Bedert wandert auf ein Jahr und vier Monate ins Gefängnis, außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren entzogen. So lange mindestens wird er genötigt sein, den Kampf gegen den Unmuth einzustellen.

### Luftschiffer wider Willen.

Ein seltsamer Unglücksfall, der glücklicherweise ohne schlimmere Folgen blieb, hat sich Sonntag Abend in der Nähe New York ereignet. Im Park am Hudson River waren Arbeiter mit der Installation eines lenkbaren Luftschiffes beschäftigt, als plötzlich die Halteseile riss. Das Luftschiff, in dessen Gabel sich nur ein junger Gehilfe befand, der die Mechanik nicht beherrschte, wurde mit rasender Geschwindigkeit, steiler und schraubend bis zu einer Höhe von 3000 Metern emporgehoben. Erst nach 2 Stunden gelang es den verzweifelten Anstrengungen des jungen Mannes, das Luftschiff zum Sinken zu bringen. In einer Höhe von 200 Metern wurde jedoch aus dem Sinken ein Sturz, und nur dem glücklichen Umstande, daß das Luftschiff in den Hudson River stürzte, ist es zu verdanken, daß der Arbeiter wider Willen am Leben blieb.

### Die Einstürze am Panamakanal.

Nach einer Meldung aus Washington macht die Häufigkeit von Erdstößen in Panamakanal den Ingenieuren Sorge, denn sobald nach einem Erdstöße die Schwaffen weggeschafft sind, findet eine neue Bewegung statt, und Tausende von Tonnen kürgen den Abhang hinunter. In dem großen Durchstich von Culebra sind die Eisenbahnlinien, auf denen das ausgedehnte Material weggeschafft wurde, verschüttet.

### Keine Notizen.

Drei Menschen verbrannt. Bei einem in der Nacht zum Montag auf dem Anwesen des Leinwamers Niedar in Lannen-berg (Schwarzen) ausgebrochenen Großfeuer, das alle Gebäude einschloß, sind der fünfjährige Sohn des Besitzers, der Knacki-Lohner und der Tagelöhner Schweigert verbrannt. Die übrigen Bewohner konnten nur mit Mühe das Leben retten.

Schweres Automobilunglück. Bei Weilburg im Taunus trug sich am Sonntag ein Automobilunglück zu. Eine Frau Heide aus Baden-Baden fuhr mit dem selbstgekauften Automobil in den Gausleergraben. Frau Heide wurde dabei getötet, ihr Begleiter blieb unversehrt.

Ghedrama. In Mannheim tötete am Montagmorgen der Ladenbesitzer Karl Friebe seine Frau durch einen Revolver-schuß und erschob sich dann selbst.

### Briefkasten der Redaktion.

2. 84. Eine Anweisung ist aus dem genannten Grunde nicht zu befürworten. — 2. 113. Als Umpflanzzeit gilt die Zeit vom 15. bis 30. Tage vor der Geburt des Kindes anzurechnen. — 2. 665. Ihre Darstellung ist unverständlich, kommen Sie in die Sprache. — 2. 1. Nach Ihrer Schilderung liegt strafbare Handlung vor. Sie können Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erhalten. — Hier

### Vom Dreiklassenwahlrecht des Gemeindewahlrechts.

Die Liste der Gemeindegewähler Berlins ist für 1913, wie alljährlich, vom Wahlbureau des Magistrats neu aufgestellt worden. Sie wird, damit sie kontrolliert und nötigenfalls berichtigt werden kann, in der Zeit vom 15. bis 30. Juli öffentlich ausliegen. Für die Stadtverordnetenwahlen, die der diesjährige Herbst und bringt, hat sie als Grundlage zu dienen.

Bei der Aufstellung der Gemeindegewählerliste mußten auch die drei Wählerklassen nach der Steuerleistung neu abgegrenzt werden. Die Summe aller dabei zu berücksichtigenden Steuern ist diesmal geringer als im vorigen und im vorvorigen Jahr: sie beträgt 70 787 499,79 M. für 1913, gegenüber 71 844 248,83 M. für 1912 und 78 785 700,06 M. für 1911. Gegen 1912 ist ein Rückgang um mehr als 1 Million Mark zu verzeichnen und der Rückgang gegen 1911 stellte sich auf nahezu 8 Millionen Mark. Dementsprechend hat auch der Durchschnitt der Steuerleistung sich weiter verringert: pro Steuerzahler ergeben sich diesmal rund 156,86 M. (genau: 188 M. 88<sup>7</sup>/<sub>100</sub> Pf.), gegenüber rund 190,01 M. in 1912 und rund 193,97 M. in 1911. Nachdem eine Reihe von Jahren hindurch bis 1911 die Summe der Steuern und der Durchschnitt pro Steuerzahler ziemlich ununterbrochen gestiegen waren, ist es in den Jahren 1912 und 1913 zu einem recht merklichen Rückgang gekommen. Die Berechnung des Durchschnitts wird ausgeführt, weil das in Berlin für die Klassen-einteilung geltende Verfahren darauf fußt. Als diejenigen Wahlberechtigten, deren Steuerleistung den Durchschnitt nicht überschreitet, werden der dritten Wählerklasse zugeteilt. Zu ihr gehören, wie bekannt, regelmäßig über neun Zehntel aller Gemeindegewähler Berlins. Für 1913 sind die Wählerzahlen noch nicht bekannt; der Magistrat wird sie im Herbst den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme ausstellen. Da für 1912 eine Gefangnabgabe der Zahlen bisher nicht erfolgt ist, so muß man noch auf 1911 zurückgreifen. Im Jahre 1911 hatte Berlin überhaupt 394 629 Gemeindegewähler, davon gehörten zur dritten Klasse 361 669 Wähler, die sich auf 48 Wahlbezirke verteilten. Mehr als neun Zehntel aller Gemeindegewähler haben hiernach nur ein Drittel aller Stadtverordnetenmandate zu vergeben. Die anderen zwei Drittel der Mandate bleiben den Wählern der zweiten und der ersten Klasse überlassen, die knapp ein Zehntel der gesamten Wählerzahl sind. Diese beiden Klassen werden nach dem in Berlin geltenden Verfahren so gegen einander abgegrenzt, daß die zweite Klasse im ganzen dieselbe Steuerleistung aufbringt wie die erste Klasse. Auch hierbei ergibt sich noch ein Gegensatz, der an Schärfe gleichfalls nichts zu wünschen übrig läßt. Regelmäßig genügt für die erste Klasse zur Aufbringung der ihr zukommenden Steuerleistung schon ein winziges Häuflein allerhöchster Steuerzahler. Nach der Wählerliste von 1913 umfaßt die zweite Klasse die Wähler, die mit Steuerbeträgen von 198,86 bis unter 7480,08 M. verzeichnet sind. Erst mit einem Steuerbetrag von 7490,08 M. gehört man zu den ausserlesenen Erbklassigen, während hierzu im vorigen Jahr nur 6601,40 M., im vorvorigen aber 7834 M. erforderlich waren. Im Jahre 1911 bestand die zweite Klasse aus 82 126 Wählern, die erste Klasse nur aus 834 Wählern. Gegenüber diesen 834 Wählern der ersten Klasse, die allein ein Drittel aller Stadtverordnetenmandate zu vergeben hatten, standen mit gleichfalls nur einem Drittel der Stadtverordnetenmandate jene 361 669 Wähler der dritten Klasse. Durchschnittlich hatte jeder Wähler der ersten Klasse 435 mal so viel Wahlrecht wie jeder Wähler der dritten Klasse.

Diese Gegensätze der Wählerklassen haben sich im Laufe der Zeit immer schärfer herausgebildet, und sie werden sich auch in 1913 nicht gemildert haben. Das die Geldläse bevorrechtete Dreiklassenwahlrecht des Gemeindewahlrechts schwer in Berlin der bürgerlichen Klasse zwei Drittel des Stadtparlamentes und gewährt dem Proletariat in der Kommunalverwaltung eine Macht, die in armen Verhältnissen zu seiner sonstigen Lebensbedeutung steht. Um so mehr muß darauf hingearbeitet werden, daß wenigstens in der dritten Klasse die das arbeitende Volk als ihre Hauptmacht in sich schließt, die Sozialdemokratie Kleinherzlichkeit wird.

Jetzt gilt es zunächst, sich um die Wählerliste zu kümmern, damit die etwa nötigen Berichtigungen und Ergänzungen beantragt werden können. Wer nicht in der Wählerliste steht und die nachträgliche Aufnahme zu fordern vermag, läßt sein Wahlrecht ein.

### Partei-Angelegenheiten.

#### Die Stichwahl in Zückerhagen-Ludowalde

findet nicht am 12. Juli, sondern schon am Freitag, den 11. Juli, statt.

Man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß der erstgenannte Termin in der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde, um durch die jetzt erfolgte offizielle Bekanntgabe des Wahltags Verwirrung in die Wählerchaft zu bringen.

Wir bitten deshalb die Genossen, nun erst recht dafür Sorge zu tragen, daß sich am Freitag, den 11. Juli, kein in Berlin arbeitender Wähler seiner Wahlpflicht entzieht.

Gleichzeitig machen wir auf die am Mittwochabend 8 Uhr, in den Industrie-Verksalen, Beuthstr. 21, stattfindende Wähler-versammlung aufmerksam, in welcher der Landtagsabgeordnete Heinrich Strödel über: „Der Kampf gegen den schwarzen blauen Blut“ reden wird.

Brandenburger Provinzialsekretariat, Lindenstr. 69. Tel.: Moritzplatz 5023.

**Hüniker Kreis, 3. Abteilung.** Mittwoch, den 9. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Kozog, Reibellstraße 39, gemeinsamer Jahrlabend. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Robert Schmidt.

**Friedrichshagen.** Mittwoch, den 9. d. Mts., abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, gemeinsamer Jahrlabend bei Haberland, Wilhelmstraße 88. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Anna Raifsch. 2. Parteiangelegenheiten.

**Maricasse.** Mittwoch, den 9. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Gausler, Kirchstraße. Tagesordnung: „Die Aufgaben der Gegenwart“. Referent: Genosse Oswald Tempelhof.

**Reuenhagen a. O.** Mittwoch, den 9. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Generalversammlung im Lokal von Wänsche, Bahnhofsstraße.

**Fransösisch-Buchholz.** Am Mittwoch, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, findet im Lokal von Kühne, Berliner Str. 39, ein gemeinschaftlicher Jahrlabend statt. Vortrag des Genossen Emil Dittmer über: „Geschichtsauffassung“. Die Mitglieder werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

**Diehdorf.** Mittwochabend findet im Lokal von Haal unser Jahrlabend mit Vortrag statt.

**Tempelhof.** Die Einzelschlafende fallen am Mittwoch aus. Dafür findet ein gemeinschaftlicher Jahrlabend im „Wilhelmshof“ statt.

**Schmargendorf.** Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 9. Juli, im Lokal von Förster, Spandauer Str. 40, statt.

**Friedrichshagen.** Am Mittwoch, den 9. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, gemeinschaftlicher Jahrlabend bei Witwe Lerche, Friedrichstr. 112. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag des Genossen Fritz Larnow über: „50 Jahre deutsche Sozialdemokratie.“

### Berliner Nachrichten.

#### Das Theaterstück „Die Schiffbrüchigen“

von Eugen Brieg, das zurzeit im Deutschen Theater zur Aufführung gelangt, soll in erster Linie dem Kampfe gegen die Syphilis und ihre furchtbaren Folgen dienen. Wenn das Stück in seiner Anlage auch nicht allen Anforderungen der strengen und abstrakten Kunstregeln entspricht, so enthält es doch eine wichtige Anklage gegen die verbrecherische Gewissenlosigkeit derer, die, vom schleichenden Gifte der Krankheit behaftet, sich nicht scheuen, es zu verbreiten. Es ist eine Warnung für alle, die aus Unwissenheit oder unangebrachter Scham zur Verbreitung der Seuche beitragen. Es schildert in packender Weise, mit großem stillichem Ernst und ohne jede Uebertreibung das Elend der Unschuldigen, die durch die Schuld jener Gewissenlosen um Gesundheit und Glück betrogen werden. Aber noch mehr enthält das Stück: es ist eine Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft und Chémoral überhaupt. Jedem Denker zeigt das Stück, wie diese Moral es ist, die die Prostitution und mit ihr die Syphilis erzeugt und fortpflanzt.

Es verdient aus allen diesen Gründen die Beachtung der Berliner Arbeiterschaft.

Der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin hat daher für zwei Vorstellungen eine größere Anzahl von Karten zum Vertrieb übernommen. Diese Vorstellungen finden am

**Montag, den 14. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr und Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, statt.**

Der Vertrieb der Karten geschieht durch die freundliche Unterstützung folgender Stellen:

**NW., Oberbärger Str. 10, Paersch, Restauration.**

**N., Brunnenstr. 145, Dieseler, Restauration.**

**O., Stralauer Platz 1/2, Bureau des 4. Wahlkreises, von 9—1 und von 4—7 Uhr.**

**SO., Engeliner 15, Dorich, Zigarrengeschäft.**

**SW., Lindenstr. 2, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Hof eine Treppe, von 9—5 Uhr.**

In diesen Stellen gelangen die Karten für Montag, den 14. Juli, vom Donnerstag, den 10. Juli, ab zur Ausgabe.

Der Preis der Plätze beträgt: für die Vorstellung am 14. Juli 0,90 M., für die Aufführung am 20. Juli 0,80 M. inkl. Garderobe und Zettel.

Der Anfangstermin für die Ausgabe der Karten für die zweite Vorstellung am 20. Juli wird noch bekannt gegeben.

Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft von dieser Gelegenheit, für wenig Geld ein gutes Theater zu besuchen, reichlich Gebrauch machen wird.

Der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin.

#### Eine unangenehme Hochzeitsgratulation.

Der Hausdiener J. trat kürzlich in den Ehestand. Just an seinem Hochzeitstage, da er mit Verwandten und Freunden den Tag feierte, Kopfte es an der Wohnungstür. Ein Freund öffnete und anklopfte ein mit Glückwünschen versehenes Postbrot stand ein Steuererheber vor der Tür, um eine Steuereinschätzung abzugeben. Diese Einschätzung hatte bereits einen längeren Weg gemacht infolge der Wohnungsänderung des Hausdieners. In der alten Wohnung in der Landberger Straße war der junge Mann nicht mehr angekommen worden und der Vot mit der Steuereinschätzung hatte sich an das Polizeirevier um Auskunft gewandt. Dieses hatte angegeben, daß J. in Untersuchungsgefängnis sitze und diesen Vermerk auch auf der Rückseite der Steuereinschätzung mit dem Stempel des St. Polizeireviere versehen. Die Einschätzung wanderte nunmehr nach dem Untersuchungsgefängnis. J. hat aber noch nie mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht, auch nicht mit dem Untersuchungsgefängnis. Aus diesem Grunde erhielt die Einschätzung den Vermerk: „Im Register des Untersuchungsgefängnisses nicht auffindbar.“ Mit diesen Vermerk versehen, wurde die Einschätzung am Hochzeitstage in der Wohnung des neugeheirateten Ehepaars präsentiert. Ein Glück, daß ein Freund von J. diese Hochzeitsgratulation abnahm und daß die junge Frau zunächst von der Sache nichts erfährt, sonst wäre der größte Verdruß entstanden. Man fragt sich aber, wie es möglich war, daß eine solche falsche Auskunft erteilt werden konnte.

**Das Begleichen der Bäume.** Der Magistrat teilt mit: „Eine Tageszeitung brachte jüngst die Anregung, die Bürgerchaft solle in der heißen, regenlosen Zeit die städtische Parkverwaltung durch Begleichen der Bäume vor den Häusern unterstützen; das Aufschmelzen vom Reintigen der Hausflure und Böden sei sehr gut dazu verwendbar. Es ist richtig, daß bei der schon lange anhaltenden Trockenheit die Bäume in den Straßen Not leiden. Das Begleichen, welches überall seitens der städtischen Parkverwaltung geschieht, reicht oft nicht aus, weil die Luft zu trocken und die Verdunstung durch die Blätter zu groß ist. Das Begleichen durch die Hausflure könnte Nutzen stiften, wenn nur reines Wasser oder wenigstens unschädliche Flüssigkeiten an die Bäume gegeben würden. Leider wird aber an die Bäume oft schmutziges Wasser gegossen, welches scharfe Lauge oder Salze enthält, die den Bäumen schädlich sind. Als diejenigen, welche an der Baumpflege Interesse nehmen, wollen dies freundlich beachten.“

#### Das größte märkische Schlangenest

ist die den Berlinern merkwürdigerweise fast gänzlich unbekannt, nur aus einem halben Duzend Gefößen und einer betriebslosen Wassermühle bestehende Kolonie Klein-Ball zwischen Fangschleuse und Hangelberg. Nur wenige verschleppte oder zufällig wissende Ausflügler finden den Weg nach dieser großartigen

Waldeinsamkeit. Der umfangreiche Mühlenteich, von dichtem Schilf durchzogen und von herrlichem Laubwald umgrenzt, über und über mit gelben und weißen Seerosen besät, sucht an Schönheit seinesgleichen. Schon bei den Gefößen liegen die Schlangen träge im Sande, zeitweise zu Duzenden. An anderen Stellen beim Leich findet man oft 20 bis 30 Stüd zu einem wirren Knäuel vereint. In der übergroßen Mehrzahl sind es Ringelnattern, darunter Exemplare von weit über Meterlänge, aber auch recht viele Kreuzottern kommen vor. Der Gesamtbestand an Schlangen auf verhältnismäßig geringem Raume wird auf mehrere Tausend geschätzt. Obwohl die Ringelnattern durch Insektenvertilgung nützliche Tiere sind, mußte man schließlich daran gehen, der Vermehrung Einhalt zu tun, da man hier tatsächlich überall auf das wenig angenehme Gewürm tritt. Sie bringen sogar in die Wohnungen von Klein-Ball, trotz aller Ausrottungsversuche ist auch in diesem Sommer nicht die geringste Abnahme zu bemerken gewesen. Zudem ist die Jagd nicht ungefährlich, weil man dabei die dunkler gefärbte und bedeutend kleinere giftige Kreuzotter nur zu leicht übersehen. Die abnorme diesjährige Witterung mit vorzeitiger Wärme hat auf die Vermehrung der Kreuzottern ebenfalls eingewirkt. Auch sonst hat sich in diesem ungestörten Naturidyll die Tierwelt ganz erstaunlich entwickelt. Im Leich wimmelt es von Fischen, im Schilf von Rohrfliegern und Wildenten.

Klein-Ball gehört einem Berliner Hofschlächtermeister, der Ausflügler nicht gern sieht und auch nicht das Vermieten von Sommerwohnungen gestattet. Die Jagd ist an einen Grafen Carmer verpachtet, wird aber auch nicht ausgenutzt. Wer die Ködnig-Motorboote bemutet, hat von Alt-Buchhorst ab nach Klein-Ball nur einen dreiviertelstündigen Waldweg.

#### Das Bootunglück auf der Havel.

Im Laufe des Sonntagabends ist es gelungen, auch die Leiche des Bucherreviseurs Oskar Voehr aus Berlin, der, wie berichtet, auf einer Bootsfahrt mit seiner Frau und seinem jüngsten Sohn bei der Gräber Stauffe bei Rathenow in der Havel ertrank, zu landen. Die Leiche des Knaben ist dagegen noch nicht gefunden worden und man hat das Suchen eingestellt, da die Havel an der Unfallstelle etwa zehn Meter tief und schwer abzusuchen ist. Die beiden Toten wurden in die Leichenhalle in Grütz untergebracht. Sie sollen nach Berlin gebracht werden, sobald die Freigabe erfolgt ist. An der Unfallstelle erschien gestern abend der Amtsdorsteher von Großwüde, der den Totbestand aufnahm und Bericht an die Staatsanwaltschaft in Stendal erstattete.

**Jahreserdmäßigungen von Mitgliedern von Krankenkassen und Versicherungsanstalten zum Besuche der Internationalen Bauhaus-Ausstellung Leipzig 1913.** Auf den Strecken der sächsischen Staatsbahnen, der preussisch-sächsischen Staatsbahnen und der Reichsbahnen, des preussischen Reges der bayerischen Staatsbahnen, der odenburgischen und der medienburgischen Staatsbahnen werden für gemeinschaftliche, belehrenden Zwecken dienende Reisen zum Besuche der Internationalen Bauhaus-Ausstellung in Leipzig auch besondere Fahrkarten zur Hälfte des sonst üblichen Preises der dritten Klasse für Ein- oder Personenzüge vorausgesetzt werden, für Schnellzüge gegen vollen tarifmäßigen Zuschlag. Für diese Bergünstigung kommen erstens in Betracht die verpflichteten Mitglieder von Krankenkassen, von eingetragenen Hilfskassen und von knappschaftlichen Krankenkassen, zweitens pflichtgemäß Versicherter von Versicherungsanstalten und diesen gleichgestellten besonderen Kasseneinrichtungen, sofern das jährliche Gesamteinkommen den Betrag von 2500 Mark nicht übersteigt, drittens freiwillige Mitglieder der vorher aufgeführten Klassen bis zur gleichen Gehaltsstufe. Auf der Hinreise müssen sich mindestens zehn Teilnehmer zu einer gemeinschaftlichen Fahrt zusammenschließen, die Rückreise kann auch einzeln ausgeführt werden. Als Zusatz ist eine Bescheinigung der ober erwähnten Krankenkassen etc. darüber vorzulegen, daß das betreffende Mitglied zu seiner Belehrung die Internationale Bauhausausstellung in Leipzig aufsuchen will. Die Fahrpreisermäßigung für die Hinreise ist bei der Fahrkartenausgabe der Abgabestation möglichst frühzeitig unter Vorlegung der Bescheinigung für alle an der gemeinsamen Fahrt teilnehmenden Personen zu beantragen. Die Abfertigung erfolgt auf Beförderungsschein, der vier Tage einschließlich des Abfertigungstages Gültigkeit hat. Die Fahrpreisermäßigung für die Rückreise wird von der Fahrkartenausgabe in Leipzig gegen Vorlegung der erwähnten Bescheinigung gewährt. Reisen mehrere Personen nach demselben Bestimmungsorte, so kann für sie ein Beförderungsschein ausgestellt werden. Die Bescheinigungen sind während der Fahrt und an der Bahnsteigperre auf Verlangen vorzulegen und bei Beendigung der Rückfahrt mit dem Beförderungsschein oder der Fahrkarte wieder abzugeben. Auf der Hin- und Rückreise ist im allgemeinen je eine Fahrkarteunterbrechung wie im gewöhnlichen Verkehr gestattet. Bei Beförderungsscheinen ist nur eine gemeinsame Fahrkarteunterbrechung zulässig, die Unterbrechungsstation ist auf dem Scheine zu bemerken. Personen, die die Ermäßigung in Anspruch nehmen, ohne hierzu berechtigt zu sein, werden als Reisende ohne gültige Fahrkarte behandelt. Für solche Personen haften auch die Krankenkassen und Versicherungsanstalten bei unrichtiger Ausstellung der Bescheinigungen. Bei einer Beteiligung von mehr als hundert Personen, bei Ein- und Schnellzügen bei mehr als fünfzig Personen, muß die Reise mindestens dreimal 24 Stunden vor der Abfahrtszeit des Zuges bei der Abgabestation angemeldet werden. Im übrigen werden verschiedene Sonderzüge nach Leipzig mit zweiter und dritter Klasse zu ermäßigten Preisen eingestellt, worüber in jedem Falle besondere Bekanntmachungen erlassen werden.

#### Ein tödlicher Straßenunfall

ereignete sich an der Ecke der Prenzlauer und Littenstraße. Hier erlitt der 20 Jahre alte Schlächtergeselle Josef Schmidt aus der Barnimstraße 14, als er mit seinem Zweirade die Straße kreuzen wollte, unter die Räder eines Autoomnibusses der Linie 8. Dabei erlitt er so schwere innere und äußere Verletzungen, daß er nach dem Transport nach dem Krankenhaus am Urban verstarb. Die Leiche wurde daraufhin nach dem Schauhaufe gebracht.

#### Die Ueberfüllung der Hochbahnzüge.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Die zeitweise Ueberfüllung der Wagen auf der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß bei gelegentlicher Verspätung eines Zuges, die gerade in den verkehrsreichen Stunden nicht immer zu vermeiden ist, sich eine verhältnismäßig große Anzahl von Fahrgästen auf den Bahnhöfen ansammelt, die den ersten eintaufernden Zug überfüllen, während der nächste, dann meistens in kürzester Zeit folgende Zug häufig fast leer bleibt. Diese Erfahrungen geben mit Veranlassung, an das Publikum die Rührung zu richten, von der Benutzung bereits gefüllter Wagen im Interesse der öffentlichen Ordnung und der eigenen Bequemlichkeit Abstand zu nehmen und das Herannahen des nächsten Zuges in Ruhe abzuwarten. Die Angestellten der Hochbahngesellschaft haben strenge Weisung erhalten, die Ueberfüllung der Wagen durch entsprechende Zurückweisung des Publikums zu verhindern. Dabei möchte ich darauf aufmerksam, daß die Angestellten der Hochbahngesellschaft die Eigenschaft von Polizeibeamten haben und daß nach den bestehenden Bestimmungen den Anordnungen dieser Beamten unbedingt Folge zu leisten ist.“

# Der Schöneberger Polizeipräsident als Oberaufsichtsratsmitglied Turnhallen. Vor uns liegt folgendes preussisches Kulturdokument: Stadtschuldeputation.

Berlin-Schöneberg, den 1. Juli 1913.

An den Schöneberger Sportklub 1911.

Auf Veranlassung des Herrn Polizeipräsidenten, hier, können wir Ihnen die Benutzung der Turnhalle unserer 14. Volksschule oder einer anderen Schulturnhalle nicht weiter gestatten, da wir sonst auf Grund des Ministerialerlasses vom 27. April 1909 und der Regierungsverordnung vom 16. Juni 1910 zu erwarten haben, daß uns das Verfügungsrecht über die Turnhallen ganz entzogen wird.

Die für Juli/September im voraus gezahlte Gebühr von 24 M. lassen wir durch die Stadthauptkasse zurückzahlen.

gez. Robe.

Was hat nun dieser Schöneberger Sportklub verbrochen, daß er die städtische Turnhalle räumen muß? Es ist doch das mindeste, daß dem Verein gesagt wird, welche Gründe gegen ihn vorliegen, daß der Schöneberger Polizeipräsident einschreitet.

Der Hinweis auf einen Ministerialerlass und auf eine Regierungsverordnung kann die Angabe von Gründen nicht ersetzen.

Die Wohnungseinbrecher sind doch recht gefährliche Gesellen, wenn sie in Abwesenheit der Wohnungsinhaber in Wohnungen eindringen und mitnehmen, was sie gerade finden. Besonders kleine Diebstahls, die mühsam ihre paar Hofstülpchen erarbeitet haben, werden von diesen Diebstahlern am härtesten betroffen. Dieser Tage stahlen Epigonen einer Arbeiterfamilie in der Dudenarder Str. 37 einen guten Anzug, eine Blüschende, eine goldene Damenuhr, Wäsche und einen Militärpfeife, auf den Namen Fritz Girod ausgestellt.

Wiedergefunden ist die vierjährige Tochter des Wächters Weber aus der Beermannstr. 6, deren angebliches Verschwinden von einer Zeitungskorrespondenz gemeldet wurde. Dem Kinde ist nichts passiert, es hatte sich, wie uns mitgeteilt wird, nur verlaufen und ist den Eltern wieder zugeführt worden.

Todeskurz eines Kindes. Beim Spielen aus dem Fenster gefallen ist gestern nachmittag gegen 8 Uhr der 5 Jahre alte Sohn Walter des Kutschers Wolf aus der Cranienburger Straße 43. Der Knabe spielte mit anderen Kindern auf dem Treppensitz des vierten Stockwerkes. Hierbei kletterte er auf die Fensterrückwand und lehnte sich so weit hinaus, daß er das Gleichgewicht verlor und kopfüber auf den asphaltierten Hof hinabstürzte. Mit zerstückelten Gliedern und einem schweren Schädelbruch blieb der Kleine bewegungslos liegen. Nachbarn nahmen sich seiner an und brachten ihn nach der Klinik in der Ziegelstraße, doch konnte hier der Arzt nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde beigesetzt und nach dem Schauhause gebracht.

## Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“, Gau 9.

Zur Wahlhilfe am Stichwahltag am Freitag, den 11. Juli, werden etwa 60 Personen benötigt, die sich am Mittwoch nachmittag 5 Uhr bei Knörrig, Stralauer Brücke 3, einfinden wollen, um nähere Informationen entgegenzunehmen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten. Der Magistrat teilt mit: Es ist in vereinzelten Fällen wieder darüber geklagt worden, daß die polizeilich vorgeschriebene Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten von der städtischen Desinfektionsanstalt in Charlottenburg nicht so schnell ausgeführt wurde, als es den Beteiligten erwünscht erschien. Es handelte sich hierbei fast stets um den Todesfall eines Angehörigen oder um die Ueberführung eines anderen in ein Krankenhaus, und es lag das berechtigte Verlangen vor, die bisher verichont gebliebenen Angehörigen durch Vornahme der Desinfektion so schnell wie möglich zu sichern.

In solchen und ähnlichen Fällen empfiehlt es sich stets, die städtische Anstalt um Vornahme der Desinfektion unmittelbar zu ersuchen, anstatt abzuwarten, bis bei dieser die polizeiliche Anzeige eingelaufen ist. Da diese Anzeige vom Eingang der Meldung des behandelnden Arztes und von anderen Umständen abhängig ist, so ist der Verlust eines gewissen Zeitraumes unvermeidlich.

Die städtische Desinfektionsanstalt nimmt die Desinfektion von Wohnungen und Gegenständen auch vor Eingang der polizeilichen Anzeige auf private Aufforderung vor. Sie bedarf der polizeilichen Mitteilung allerdings, um je nach der Art der gemeldeten Erkrankungen feststellen zu können, ob die verlangte Desinfektion gebührenpflichtig oder gebührenfrei war. Diese Feststellung aber kann natürlich auch nachträglich erfolgen.

### Nieder-Schönhausen, Nordend.

Ferienspiele. Während der großen Ferien finden die Kinderspiele jeden Tag statt. Treffpunkt mittags 2 Uhr am Kirchplatz, wo zwei Spielleiterinnen die Kinder erwarten und diese zum Spielplatz führen. Nach beendeten Spiel erfolgt die Auflösung wiederum am Kirchplatz. Auch finden vom Spielplatz Ausflüge nach Wilhelmshagen und Schönholzer Heide statt, welches von den Leiterinnen bekannt gegeben wird. Ferner sei auf den Ausflug, welcher am Sonntag, den 13. Juli, nach Hermsdorf stattfindet, aufmerksam gemacht.

### Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Die Bauvereinigung Eigenhaus hatte von der Gemeindevertretung die Genehmigung erhalten, einen Gedenkstein zu errichten, der an den Beginn der Kolonie Karlshorst erinnern soll. Aus Anlaß der damit verknüpften Feier wurden der Gemeinde von der Bauvereinigung 3000 M. überreicht, die zu einem von der Gemeindevertretung zu bestimmenden öffentlichen, gemeinnützigen oder wohltätigen Zweck verwendet werden sollen. Der Gemeindevorstand hatte nun vorgeschlagen, das Geld zinsbar anzulegen und die Zinsen als Beitrag zur Unterhaltung von gärtnerischen Anlagen im Ortsteil Karlshorst zu verwenden. In der Debatte zeigte sich jedoch, daß die Vertreter mit diesem Vorschlag nicht einverstanden waren. Es wurden vielmehr eine große Anzahl von Gegenvorschlägen gemacht, die vor allen Dingen lehrten, welche Fülle sozialer Aufgaben noch durch die Gemeinde zu lösen sind. Von unseren Genossen wurde beantragt, die Summe, so gering sie auch sei, als Grundstock zu einem Fonds zu verwenden, der die Errichtung von Eigenhäusern durch die Gemeinde fördern soll. Zu einem Beschluß kam es nicht, die Sache wurde vertagt.

Wie erinnertlich sein wird, hatte kürzlich die Gemeindevertretung beschlossen, den an der hiesigen Jahrhundertfeier beteiligten bürgerlichen Vereinen eine Armenunterstützung von je 1250 M., zusammen 150 M., zu bewilligen. Kühn gemacht, durch das glänzende Verhalten der bürgerlichen Mehrheit, rückt jetzt der Kriegerverein von Karlshorst mit dem Verlangen heran, die Gemeindevertretung möge die Hälfte der Kosten einer Jahrhundertfeier der Schlacht bei Leipzig bewilligen, in Summe rund 400 M. Der Gemeindevorstand brachte vorsichtigerweise in Vorschlag, nur 150 M. zur Verfügung zu stellen. Diese wurden denn auch stramm bewilligt. Erfreulich war, daß jetzt auch ein, wenngleich nur vereinzeltes, Protest von bürgerlicher Seite kam.

Der Abschluß der Strom- und Wasserlieferungsverträge mit Lichtenberg geht leider nicht so glatt von statten, wie man erwartet hatte. Bisher seit zwei Jahren sind die Verhandlungen im Gange und eine Einigung schien bereits erreicht. Neuerdings ist aber von der Stadt Lichtenberg angeregt worden, nochmals eine gemischte Kommission zu bilden, um die letzten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Welche Anbe-

rungen gewünscht werden, ist freilich nicht angegeben worden, und das veranlaßt unsere Gemeindeverwaltung, zu empfehlen, die Gemeindevertretung möge die Einsetzung einer Kommission ablehnen, solange Lichtenberg nicht bestimmt seine Wünsche äußere. Wahrscheinlich war dabei anscheinend der Verdacht, daß Lichtenberg einen Druck in der Eingemeindungsfrage ausüben wolle.

Wir hatten in unserem letzten Bericht vorausgesetzt, daß die damals angenommene Geschäftsordnung und Gelegenheit geben werde, darauf zurückzukommen. Schon der Verlauf dieser Sitzung hat uns recht gegeben. Wiederholt kam es bei den verschiedensten Punkten zu langen und oft sehr erregten Geschäftsordnungsdebatten, namentlich zwischen unseren Vertretern und dem Bürgermeister. Das sind aber die notwendigen Folgen, wenn man eine Geschäftsordnung allzu einseitig gegen eine bestimmte Partei aufstellt. Man muß man eben erleben, daß man mit den eigenen Waffen ganz gehörig aufs Haupt geschlagen wird. Hoffentlich benutzt der Herr Bürgermeister seinen Urlaub dazu, nachzudenken, ob es nicht doch klüger ist, etwas weniger rigoros in der Handhabung der Geschäftsordnung zu sein.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung vom 3. Juli 1913. Das neue Projekt zum Anbau am Wasserwerkgebäude wird einstimmig genehmigt. — Bei der Etatsberatung wurde beschlossen, den Mietwert der Dienstwohnung des Polizeiwachmeisters im Rathaus zu erhöhen und zwar von 75 auf 100 M., auch sollte der Wert der freien Heizung statt mit 30 mit 50 M. in Berechnung gebracht werden. Hiermit hat sich der Magistrat nicht einverstanden erklärt. Unter Bezugnahme auf den unangenehm und vermehrten Dienst, den die Dienstwohnung mit sich bringt, sollen die bisherigen Sätze beibehalten werden. Weiter stellt der Magistrat den Antrag, die Mietschuldigung als Extracurserfassung statt mit 75 M. nur mit 50 M. zu berechnen. Die Beratung der Vorlage ruft eine längere Debatte hervor; sie wird mit 12 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Der Beitritt der Stadt zum Reichsverband deutscher Städte und der Jahresbeitrag von 20 M. werden einstimmig abgelehnt. Zum Bau des Föhrengrundstückes wird die Aufnahme einer Anleihe von der Teltower Kreisparafasse in Höhe von 20 000 M. beschlossen. Diefelbe soll mit 4 Proz. verzinst und mit 2 Proz. getilgt werden. Der vom Kreise Nüterbog-Ludowigsdorf projektierte Chausseebau Löwenborf-Abrensdorf, der aber später bis Ludowigsdorf verlängert werden soll, ergibt, daß vom Beginn der Kreisgrenze bis zum Weidbilde der Stadt sich 92 Meter befinden, die noch zum Kreise Teltow gehören. Der Teltower Kreisrat hat sich nun damit einverstanden erklärt, die Strecke chausseemäßig auszubauen, wenn sich der Kreis Nüterbog-Ludowigsdorf verpflichtet, seine noch fehlenden Anschlußstrecken zu bauen. Der Kreisrat beschloß nun nach Erledigung der Vorberhandlungen, die Strecke auszubauen und zwar auf Wunsch der Stadt gleich mit Kopfsteinpflaster, und soll die Stadt die Unterhaltungspflicht der Straße übernehmen. Die Versammlung begrüßt die Anlegung der Chaussee mit Freuden und erklärt sich auch bereit, die Unterhaltungspflicht zu übernehmen, jedoch soll der Magistrat beim Kreisrat dahin vorstellig werden, daß der gepflasterte Teil der neuen Chausseestrecke an die Grasseite zu liegen kommt.

### Rowawald.

Die fürsorgliche Polizei. Uns wird geschrieben: Der auf Sonntag, vormittag 9 Uhr, im Schmidtschen Lokale angesetzte letzte Vortrag über das Erfurter Programm mußte auf Anordnung des Amtsvorstehers, der ihn „öffentliche, politische Versammlung“ stempelte, der polizeilichen Anmeldung bedürfte und nur nach beendeter Sitzung gestattet werden könne, ausfallen. Die erschienenen Teilnehmer begaben sich nach dem „Kollergarten“, um dort beim Wäse Bier über die eigenartige Auslegung des Vereinsgesetzes durch den Amtsvorsteher nachzudenken. Da erschienen plötzlich auch die nach dem Schmidtschen Lokal zwecks eventueller Auflösung der „öffentlichen, politischen Versammlung“ entsandenen Polizeibeamten und äugelten mit scharfen Blicken in den Garten, in dem die Kursteilnehmer weilten. Sie glaubten wahrscheinlich, daß hier durch eine improvisierte Versammlung eine Umgehung der polizeilichen Verfügung geplant sei, die ihr Eingreifen vielleicht doch noch notwendig machen könnte. Als sie jedoch nichts Verdächtiges wahrnahmen, zogen sie bald wieder ab. Als die ahnungslosen Teilnehmer den Vortragenden zum Bahnhof geleitet und dann nach einem gemeinsamen Spaziergang im Garten des Restaurants „Zum Eintrichter“ an der Berliner Straße zu kurzer Rast sich niedergelassen hatten, erschienen auch hier wieder nacheinander ein Polizeibeamter per Rad, ein Kriminalbeamter in Zivil und etwas später noch zwei Kollegen in Uniform, die im Vorbeigehen die im Garten Sitzenden mit kritischen Blicken musterten. Es war aber wieder umsonst. Als die Polizeibeamten schließlich wieder am Lokal vorüberzogen, quittierten die vergnügten Gäste für die ihnen während des ganzen Vormittags geschenkte Aufmerksamkeit mit lautem Handklattern.

### Zeuthen.

Volkerversammlung. Vor einer überfüllten Volksversammlung im Lokal von Hindemann hielt Landtagsabgeordneter Genosse Adolf Hoffmann einen Vortrag über: „Neue Soldaten, neue Kirchen“. Der Andrang zur Versammlung war so stark, daß sämtliche Tische aus dem Saal entfernt wurden, trotzdem mußten ungefähr 100 Personen mit Stuhlplätzen vorlieb nehmen. Stimmungsboll eingeleitet wurde die Versammlung durch das Lied „Lord Polson“, vorgetragen vom Gesangsverein „Einigkeit“.

„Die Steuern schwer, die Ernten schlecht geraten, Und immer mehr, und immer mehr Soldaten!“

Mit diesen Dichterworten begann Genosse Hoffmann in wirkungsvoller Weise seinen Vortrag. Er wies auf Grund der historischen Entwicklung nach, daß durch die steigenden Ansprüche des Militarismus in jeder Gestalt das Volk bis zum Zusammenbrechen mit immer neuen, unerträglichen Lasten beschwert wird. — Die Wächter sagen: Um dem Volke die Religion zu erhalten und den Glauben zu verbreiten, müssen immer neue Kirchen gebaut werden, trotzdem die vorhandenen leer bleiben.

Genosse Hoffmann weist auf die staatliche und bürgerliche Jugendpflege hin, die nur den Zweck hat, die arbeitende Jugend den modernen Ideen fernzuhalten. Für Säugling- und Mutterchutz kein Geld, aber für „Jugendpflege“ Millionen.

Der Referent zeigte an Hand von treffenden Beispielen, daß die kirchliche Kirche zur Unterdrückung der Beschäftigten diene. In der Diskussion teilte Genosse Feiertag mit, daß die Zeuthener Gemeindevertretung 100 M. zur Jahrhundertfeier bewilligt hat, die der Kriegerverein in bekannter Weise verbrauchte. Ferner sind 500 M. für Veteranen bewilligt und 20 000 M. dem evangelischen Kirchengemeinde zum Bau einer Kirche, die 80 000 M. kosten soll.

Von den anwesenden Segnern sprach u. a. auch Herr Pfarrer Tiez; er ging aber als ein vorichtiger Mann auf die Ausführungen des Genossen Hoffmann in keiner Weise ein. Interessant war zu hören, daß den Pfarrern eigentlich verboten ist, sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen, aber — eine „gewisse“ Freiheit hätten sie, die Pfarrer, doch.

Ein Diskussionsredner teilte mit, daß anlässlich der Kirchenaustrittserklärung einer Gastwirtswitwe der Niederlehmer Pfarrer derselben nahe gelegt habe, so lange sie ihr Lokal besitze, nicht aus der Kirche auszutreten.

Herr Pfarrer Tiez hatte, trotz Aufforderung des Genossen Hoffmann, zu bleiben, die Versammlung vorzeitig verlassen. In seinem Schlusswort gestellte Hoffmann das besprechende preussische Landtagswahlrecht, unter dem es möglich ist, daß ein Vorkandidat in der ersten und der Ministerpräsident, der höchste Beamte im Staat, in der dritten Klasse wählt.

Durch den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht muß es uns gelingen, die Massen aufzurütteln, damit sie klar erkennen, daß nur durch Einigkeit, durch Organisation, bessere Zustände erreicht werden. Der Gesangsverein „Einigkeit“ beschloß die Versammlung durch den Vortrag des Liedes „Saat und Ernte“.

### Sichwalde.

Eine Nachtwächterausfweitung macht viel von sich reden. Der Nachtwächter Priebe hat kürzlich in Gegenwart von Augenzeugen zwei Arbeiter namens D. und E. geohrfeigt und den E. in einer solchen Weise gemißhandelt, daß derselbe laut ärztlichen Attest eine Zeit arbeitsunfähig ist. Der ganze Vorgang zeigt, daß der Mann nicht den Takt und die Ruhe besitzt, um sachgemäß seines Amtes zu walten.

Nachdem die Beschlagenen mit ihren zwei Begleitern stillschweigend ihres Weges gingen, lief der Bruder des P. hinter ihnen her und forderte sie in der völlig menschenleeren Bahnhofsstraße auf, auseinanderzugehen und die Straße zu verlassen. Das Revier des jüngeren B. befindet sich westlich der Görlicher Bahn. Derselbe hat vor 4 Uhr gar nichts auf der östlichen Seite zu tun.

Vor einiger Zeit hat die Gemeindevertretung den Nachtwächtern zu ihrer Sicherheit Revolver bewilligt. Man denke nur, was für ein Unglück entstehen konnte, wenn die Nachtwächter in ihrer Aufregung zur Schußwaffe gegriffen hätten.

### Potsdam.

Die letzte Wahlvereinsversammlung nahm die Abrechnung vom 2. Quartal entgegen. Einer Einnahme von 582,14 M. stand eine Ausgabe von 411,68 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 170,46 M. verbleibt, der an die Kreisliste gefandt wurde. Die hohen Ausgaben gegen sonst sind auf die Landtagswahl zurückzuführen. Von der Kreisgeneralversammlung erhaltene der Genosse Hausmann Bericht, dem sich eine lebhaftest Diskussion angeschlossen, die dahin endigte, sich mit den gefassten Beschlüssen einverstanden zu erklären. Den Disziplinärern wurde für ihre Mithaltung eine vierteljährliche Entschädigung von 3 M. zugewilligt.

Marktpreise von Berlin am 5. Juli 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,14 bis 20,20, mittel 20,02—20,08, geringe 19,90—19,96. Roggen gute Sorte 20,00—20,06, mittel 20,00—20,06, geringe 20,00—20,06 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,40—16,80, mittel 15,90—16,30, geringe 15,80—15,80. Hafer, gute Sorte 17,30—18,60, mittel 16,20—17,20. Mais (mitged), gute Sorte 15,70—16,20. Reis (runder), gute Sorte 15,90—16,00. Rapsstroh 4,40—5,00. Getr. alt 0,00—0,00, neu 6,00—7,40.

Marktpreisliste. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speldeböden, weisse 30,00—30,00. Limen 35,00—30,00. Kartoffeln (Reinhl.), alte 7,00—10,00, neue 11,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,80—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,40—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,60—2,80. Kale 1,60—3,20. Fenchel 1,40—3,00. Quete 1,60—3,00. Sardine 1,00—2,40. Schleie 1,00—3,50. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Kurbie 1,60—3,00.

### Witterungsübersicht vom 7. Juli 1913.

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Ewinemünde	755	SO	2	wolkig	Niederbarnim	759	NO	2	wolkig
Hamburg	754	NO	2	Regen	Petersburg	756	SW	1	bedeckt
Berlin	755	S	2	heiter	Schwetznitz	761	NO	4	wolkig
Kranz. a. M.	755	SO	1	wolkig	Uckermark	761	NO	4	wolkig
Bismarck	756	SO	4	bedeckt	Varis	757	SO	1	bedeckt
Bien	756	SW	4	bed. St.					

### Wetterprognose für Dienstag, den 8. Juli 1913.

Etwas kühler, zeitweise aufklarend, aber vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserrands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserrand	am 6. 7.	am 7. 7.	Wasserrand	am 6. 7.	am 7. 7.
Remsl. Tüft	126	+16	Saale, Großh.	112	+1
Wegel, Jüterburg	10	-3	Havel, Spandau	5	0
Wegel, Thom	69	+7	Havel, Rathenow	-10	+2
Ober, Havel	238	-46	Spree, Spremberg	—	—
Kroffen	72	-1	Bestow	80	0
Frankfurt	94	+2	Weser, Minden	161	-1
Bartde, Sörum	36	+12	Weser, Minden	288	-3
Landberg	30	0	Rhein, Wermelsdorf	482	-3
Reg. B. Barmen	-40	-8	Rhein, Wermelsdorf	987	-9
Elbe, Lützenburg	23	-24	Rhein, Wermelsdorf	255	-9
Redden	—	—	Rhein, Wermelsdorf	66	-8
Sarbo	175	+2	Rhein, Wermelsdorf	163	-6
Magdeburg	195	+2	Rhein, Wermelsdorf	23	-3

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterdegel.

### Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bergzeugschmied  
**Heinrich Dannenberg**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 8. Juli, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Inhaltskirchhofes in Buch aus statt.  
Ferner fordere unser Mitglied, der Gärtler  
**Otto Dittmar**  
Kottbuser Damm 18/19  
am 4. Juli an Schlaganfall.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Juli, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Geists-Kirchhofes, Wardenburg (Hennricher Straße) aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwünscht!  
121/12 Die Ortsverwaltung

### Fritz Zietsch

plötzlich verstorben ist. Es littet um hieses Beileid 14758  
Charlottenburg, Gueselstr. 43

### Gertrud Zietsch

geb. Hofmann  
im Namen der Hinterbliebenen.  
Die Einäscherung der Leiche erfolgt am Mittwoch, den 9. Juli, nachmittags 5 Uhr, in Berlin, Gedächtnisstr. 37/38 (Arematorium).

### Kranzspenden

so wie sämtliche  
**Blumenarrangements**  
bietet schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Noll. 7233.

### Spezialarzt

I. Gant, Gant, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Heilkränke jeder Art, Ehrlich Gata - Kuren in u. Co. fong. Laborat. | Blut-untersuchung, Fäden, Fernabh. gegenüber Friedrichstr. 81, Marnitzstr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

### Dr. Homeyer

Blut-untersuchung, Fäden, Fernabh. gegenüber Friedrichstr. 81, Marnitzstr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

### Bruchbandagen

Leibbinden, Geradenhalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt  
**Fabrikant Pollmann**, jetzt Berlin N., Lothring Str. 60, Eigene Werkstatt, Lieferant für Krankenkass., Fachgen. Bedienung